

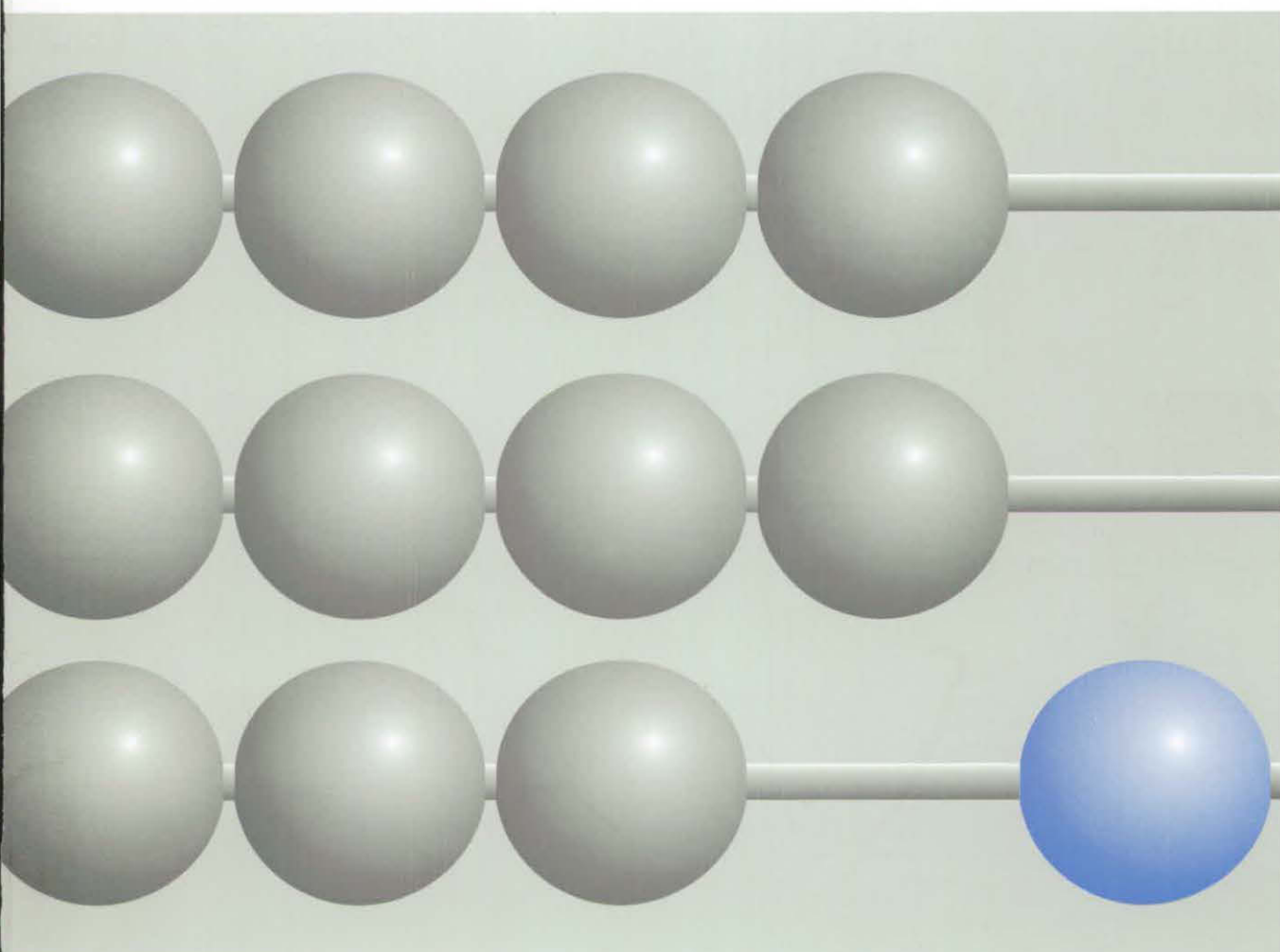
43. Jahrgang, Heft 1  
Januar 1991

Mikrozensusgesetz  
Beschäftigte  
Wohnungsmieten  
Getreide und Ölfrüchte

Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel



**Statistische Monatshefte  
Schleswig-Holstein**

## **Impressum**

Herausgeber:

Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
Fröbelstraße 15-17  
Postfach 1141  
2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0  
Telefax (0431) 6895 498  
Btx \* 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck  
App. 286

Vertrieb:  
App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--  
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,  
auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe  
gestattet.

## **Zu diesem Heft**

Unser Monatsheft hat ein neues Layout. Das bisherige Erscheinungsbild entsprach nach über 30 Jahren nicht mehr Geschmack und Anspruch unserer Zeit. Zudem waren neue Gestaltungsrichtlinien der Landesregierung zu berücksichtigen.

Das Titelblatt zeigt nunmehr einen stark stilisierten Abakus — ein Rechengerät also, das seit alters her verwendet wurde und heute das Wesen der Statistik symbolisiert, nämlich ordnen, zählen, rechnen und systematisch darstellen. Jeden Monat wird eine Kugel weiterwandern und damit anzeigen, wie weit wir im Jahr fortgeschritten sind.

In anderer Form wurde der Abakus im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Volkszählung 1987 als Erkennungszeichen eingeführt. Seither verwendet das Statistische Bundesamt dieses Symbol umfassend als Markenzeichen der amtlichen Statistik. Es bot sich daher an, diese Idee bei der Entwicklung eines Logo für unsere Veröffentlichungen aufzugreifen und in einer Form zu verwenden, die dem Stil des neuen Erkennungszeichens für Schleswig-Holstein — der stilisierten blau-weiß-roten-Fahne — angepaßt ist.

Gleichwohl fiel uns diese Änderung nicht leicht, weil in der Präsentation von statistischen Ergebnissen die Kontinuität eine besondere Tugend ist. Vielen Menschen ist die Welt der Zahlen nicht so vertraut, Statistik erscheint ihnen spröde und unzugänglich. Die amtliche Statistik hat sich deshalb stets bemüht, die äußere Form der Ver-

öffentlichungen und deren Inhalte — seien es Tabellen, Grafiken oder Texte — wiedererkennbar zu halten für den Benutzer, damit er sich besser zurechtfindet. In unseren Statistischen Monatsheften haben wir darüber hinaus stets versucht, Ergebnisse nicht nur zu dokumentieren, sondern auch zu analysieren, mit methodischen Hintergründen zu versehen und grafisch zu präsentieren. Dem Benutzer von Statistik in Parlamenten, Verwaltungen, Schulen, Hochschulen, Kammern, Verbänden, Unternehmen, Redaktionen und jedem interessierten Bürger soll dies eine Hilfestellung sein. Daran soll sich nichts ändern.

Wir erfüllen damit auch den Auftrag des Bundesstatistikgesetzes, Daten über Massenerscheinungen nicht nur zu erheben, zu sammeln und aufzubereiten, sondern auch sie darzustellen und zu analysieren. Die dafür im Gesetz genannten Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit stehen einem dem „Zeitgeist“ wohl eher entsprechenden, anreizenderen Erscheinungsbild manchmal im Wege, aber das aus gutem Grund. Statistik nach diesen drei Grundsätzen, aber trotzdem lesenswert anzubieten, bleibt der Anspruch dieser Zeitschrift.

Die Änderung der Gestalt des Heftes geht einher mit einer etwas anderen Rubrizierung, die eigens dann so bezeichneten Raum läßt für Neues aus der amtlichen Statistik, für Veröffentlichungshinweise und für Buchbesprechungen, ohne daß diese Rubriken monatlich auch besetzt sein müssen.

Dr. Dieter Mohr  
Direktor des Statistischen Landesamts



# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

43. Jahrgang

Heft 1

Januar 1991

## INHALT

### *Kurz gefaßt*

4

### *Aufsätze*

Mikrozensus '91 - Licht und Schatten!

5

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten  
von 1974 bis 1989

7

Wohnungsmieten im Mai 1987

18

### *Grafik*

Getreide und Ölfrüchte

14

### *Entwicklung im Bild*

27

### *Aus unserem Archiv*

28

Titelblatt der ersten Ausgabe

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Januar 1949

---

### *Beilage*

Zahlenbeilage

Inhaltsverzeichnis 1990

### **Beschäftigung 1989 gestiegen**

Am 31. 12. 1989 waren in Schleswig-Holstein 754 000 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das sind 17 400 Arbeitnehmer oder 2,4 % mehr als Ende 1988. Die Zahl der beschäftigten Frauen nahm im Vergleich zum Vorjahr etwas weniger stark zu (+ 2,1 %) als die Zahl der männlichen Beschäftigten (+ 2,5 %). Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer erhöhte sich um 7,3 %, wobei die Türken nach wie vor die größte Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer bilden.

### **Gewerbliche Betriebe neu bewertet**

Als Bemessungsgrundlage u. a. für die Gewerbesteuer dient der sog. Einheitswert des gewerblichen Betriebsvermögens. Er wird alle drei Jahre vom Finanzamt festgesetzt, zuletzt für den Jahresanfang 1986. Aus den dabei anfallenden Daten ist — unter Wahrung der statistischen und steuerlichen Geheimhaltung — eine Statistik zu fertigen. Im Zeitreihenvergleich sind Änderungen des Steuerrechts zu beachten, im Vergleich 1986 mit 1983 insbesondere der 1984 neu eingeführte Ansatz des inländischen Betriebsvermögens, wonach bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ein Freibetrag von 125 000 DM gilt und für die darüber hinaus gehenden Beträge 75 % zugrunde gelegt werden.

Die für 1986 rund 21 500 bewerteten gewerblichen Betriebe kamen auf ein Rohbetriebsvermögen von 117 Mrd. DM. Nach Gegenrechnung von Schulden und Abzügen von 100 Mrd. DM blieb ein Einheitswert von 17 Mrd. DM. Zum Jahresanfang 1983 waren 23 700 Betriebe mit einem Rohbetriebsvermögen von 65 Mrd. DM und einem Einheitswert von 12 Mrd. DM bewertet worden.

Die meisten der für 1986 bewerteten Betriebe, nämlich etwa 20 000 (ohne Kreditinstitute, Versicherungen, Beteiligungsgesellschaften), waren eigenständige gewerbliche Unternehmen, von ihnen stehen auch Bilanzdaten zur Verfügung: Sie kamen auf eine Bilanzsumme (Rohbetriebsvermögen) von zusammen 38 Mrd. DM. Auf der Aktivseite standen Umlauf- und Anlagevermögen im Verhältnis 58 : 42, auf der Passivseite Fremd- zu Eigenkapital im Verhältnis 64 zu 36.

### **Rekordernte bei Zuckerrüben**

Im Herbst 1990 wurden in Schleswig-Holstein nahezu eine Million Tonnen Zuckerrüben geerntet. Das sind 29 % mehr als im Jahr zuvor und sogar ein Drittel mehr als im Jahresdurchschnitt der letzten sechs Jahre. Dieser Rekord geht nicht nur auf die Ausweitung der Anbaufläche um 22 % auf rd. 19 000 Hektar zurück, sondern auch auf den hohen durchschnittlichen Hektarertrag, der mit 50 Tonnen gegenüber 1989 um 6 % höher liegt und der sich gegenüber dem Jahresmittel 1984 bis 1989 von 1990 sogar um 16 % heraushebt.

### **Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1989: 3. Förderungsweg angelaufen**

Nach vorläufigen Berechnungen wurden im Jahre 1989 in Schleswig-Holstein im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus knapp 1 700 Wohnungen mit öffentlichen Haushaltsmitteln gefördert, das sind 18 % weniger als ein Jahr zuvor.

Im 1. Förderungsweg, dem traditionellen „öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau“, wurden für rd. 1 150 Wohnungen Fördermittel bereitgestellt, im 2. Förderungsweg für rd. 200 Wohnungen und im 1989 neu eingeführten 3. Förderungsweg, zur Schaffung von Wohnraum für Aussiedler, für rd. 350 Wohnungen.

60 % der geförderten Wohnungen befinden sich in Ein- und Zweifamilienhäusern, 40 % in Mehrfamilienhäusern, wobei die Hälfte der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit Mitteln des 3. Förderungsweges gefördert wird.

## Mikrozensus '91 — Licht und Schatten!

Mit der Zustimmung zum Mikrozensusgesetz hat der Bundesrat buchstäblich in letzter Minute zum Ende der abgelaufenen Legislaturperiode des Bundestages einem Vorhaben den Weg geebnet, durch das auch in Zukunft die wichtigsten Grunddaten über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung gewonnen werden sollen. Dieses ist gerade jetzt besonders dringlich, weil damit erstmals vergleichbare Aussagen auf diesen wichtigen Gebieten für die alten und neuen Bundesländer gewonnen werden können.

Das alte Gesetz über diese 1 %-Stichprobenerhebung war bis 1990 befristet gewesen. Eine solche Befristung entsprach bisherigem Brauch, um Inhalt und Methodik neueren Erkenntnissen anpassen zu können. Nach Volkszählungsurteil und neuem Bundesstatistikgesetz war es das Bestreben aller gewesen, durch eine Reform an Haupt und Gliedern ein zukunftsweisendes neues Mikrozensuskonzept zu entwickeln, das Einklang zwischen den berechtigten Informationsbedürfnissen der Konsumenten und einer zumutbaren Belastung für die befragten Bürger zur obersten Richtschnur gesetzt hatte. Allein die Einigung darauf war schwierig. Es zeigte sich erneut, daß man den Pelz nicht waschen kann, ohne ihn naß zu machen. Und so wurde vorerst nichts aus diesem „großen Wurf“. Was blieb, war ein Verlängerungsgesetz, welches im wesentlichen den alten Zustand fortschreibt, allerdings mit einigen gravierenden Abstrichen zugunsten vermeindlicher Bürgerfreundlichkeit.

Da Auskunftspflicht und Bußgeld wohl nicht ins liberale Bild passen, wird es zu folgenden Komplexen zukünftig in das Belieben der Befragten gestellt, ob sie antworten wollen:

- Aufenthaltsdauer von Ausländern, Angehörige von Ausländern im Heimatland,
- allgemeiner und beruflicher Bildungsabschluß,
- Art und Dauer von Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen,
- amtlich anerkannte Behinderteneigenschaft und amtlich festgestellter Grad der Behinderung,
- Pendlerbewegung nach Entfernung, Zeit und benutztem Verkehrsmittel,
- zusätzliche private Krankenversicherung,
- Bestand einer betrieblichen Altersvorsorge oder einer Lebensversicherung.

Und wer es nicht so genau nimmt mit der Beantwortung der vorgesehenen Fragen, hat zukünftig kein Bußgeld mehr zu befürchten.

Unter Verweis auf eine in weiter Ferne liegende eigenständige Wohnungsstichprobe wurde auf Fragen zur Wohnsituation im Rahmen des Mikrozensus verzichtet — angesichts der aktuellen Probleme des Wohnungsmarktes im jüngstvereinten Deutschland eine nur schwer nachvollziehbare Entscheidung.

Auch zu den Reisegewohnheiten der Bevölkerung wird zukünftig aus dem Mikrozensus nichts mehr zu erfahren sein: der Komplex wurde gestrichen. Aus methodischer Sicht ist dieses in gewisser Weise sogar konsequent. Bisher wurden die Fragen nur an 0,1 % der Bevölkerung gestellt, und niemand war zur Auskunft verpflichtet. Die Ergebnisse waren entsprechend desolat. Das Statistische Bundesamt hatte den Schluß daraus gezogen, selbst auf Bundesebene keine absoluten Größen mehr zu veröffentlichen, sondern nur relative Zusammenhänge aufzuzeigen und selbst das nur unter Hinweis auf zahlreiche mögliche Verzerrungen. Die Methodik war ganz offensichtlich nicht sachgerecht! Bei dieser Schlußfolgerung bleiben diejenigen auf der Strecke, die die Ergebnisse für ihre Arbeit gebrauchen. Zum Beispiel hat die Denkfabrik des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten eigens eine Arbeitsgruppe für die Entwicklung neuer Ideen zur Stärkung der touristischen Attraktivität des Landes eingesetzt. Ihr wird eine wesentliche Arbeitsgrundlage fehlen, wenn sie keine Statistik darüber hat, woher die Gäste kommen, warum, wie oft und mit welchen Verkehrsmitteln sie reisen, wie lange die Reisen dauern und schließlich welche Art von Unterkunft dabei beansprucht wurde. Da wäre es schon besser gewesen, den Sachverhalt im Programm zu belassen und eine sachgerechte Methode anzuwenden.

Der zentrale Konfliktpunkt ist und bleibt die Auskunftspflicht. Sie wird von den Statistikern nicht zum Selbstzweck gefordert, sondern um die Validität der Statistik zu sichern. Die Forderung beruht auf der Erfahrung, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung dem Staat nur das gibt, was er geben muß, — trotz aller guten Argumente! Und da dieser Teil in seinen Merkmalen nicht den Bereitwilligen gleicht, lassen sich seine Daten in der Regel nicht einschätzen. Nach den Er-

kenntnissen des von der Bundesregierung eingesetzten wissenschaftlichen Beirats für Volkszählung und Mikrozensus werden auf diese Weise gerade diejenigen Bevölkerungsteile in den Ergebnissen unterrepräsentiert, denen Staat und Gesellschaft sich besonders fürsorglich zuwenden müssen.<sup>1</sup> Angesichts der oben genannten Merkmalskomplexe eine fatale Quelle für folgenschwere Fehlentscheidungen.

Die amtliche Statistik befindet sich in einem Dilemma: Einerseits legt der Gesetzgeber die Bundesstatistik in § 1 des Bundesstatistikgesetzes auf die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit fest und verpflichtet sie, die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter

Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken zu gewinnen. Andererseits zwingt er sie im neuen Mikrozensusgesetz für Teile der Datengewinnung zum strikten Gegenteil: nach übereinstimmender Auffassung aller Sachverständigen und der langjährigen Erfahrung der Statistischen Landesämter entspricht der hier normierte Verzicht auf die Auskunftspflicht bei gewichtigen Erhebungskomplexen gerade nicht neuer wissenschaftlicher Erkenntnis und sachgerechter Methodik.

Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung der Entschließung des Bundesrates folgt, umgehend nach Beginn der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sowohl einen Gesetzentwurf, der eine zuverlässige Erfassung des aktuellen Wohnungsmarktes in tiefer regionaler und fachlicher Gliederung ermöglicht, als auch einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Mikrozensusgesetzes vorzulegen, der die aus fachlicher Sicht notwendigen Forderungen des Bundesrates berücksichtigt.

*Dr. Dieter Mohr*

---

1) Esser, H., H. Grohmann, W. Müller und K.-A. Schäffer, Mikrozensus im Wandel, Bericht des Wissenschaftlichen Beirates für Mikrozensus und Volkszählung, Frankfurt a. M. — Köln — Mannheim 1989



## Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1974 bis 1989

Mit der voranschreitenden Industrialisierung im Deutschland des letzten Jahrhunderts verlor der Bereich der Landwirtschaft an Gewicht. Die Massenproduktion von Waren wurde durch ausgeprägte Arbeitsteilung ermöglicht. Infolge der Spezialisierung wurden auch gering qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor in diese neuen Produktionsprozesse integriert. Durch den Export von Fertigwaren konnten im Gegenzug billige Lebensmittel eingeführt werden.

Inzwischen werden für die Warenproduktion noch viel weniger Arbeitskräfte benötigt. Die technologische Entwicklung läßt Maschinen Aufgaben übernehmen, die früher von Menschen ausgeführt wurden. Für einen großen Teil der Bevölkerung bildet inzwischen ein anderer Bereich das Beschäftigungsfeld: der Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor). Darunter fallen sowohl die distributiven Dienstleistungen (Handel, Verkehr) als auch die sogenannten gesellschaftsbezogenen wie z. B. Bank-, Freizeit-, Gesundheits-, Bildungswesen, Forschung. Den gesellschaftsbezogenen Dienstleistungen kann der Markt nur unzureichend gerecht werden. Sie werden daher zum Teil von öffentlichen Einrichtungen angeboten.

Die komplexer werdenden Vernetzungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft stellen immer höhere Anforderungen an den Dienstleistungssektor, der darüber hinaus nur begrenzt durch Maschineneinsatz getragen werden kann. Dem tertiären Sektor wird daher eine in der Zukunft noch wachsende Bedeutung zugeschrieben. Befinden wir uns auf dem Weg von der Industriegesellschaft, gestützt auf den sekundären Sektor (verarbeitendes und Baugewerbe), zur Dienstleistungsgesellschaft? Orientiert an dieser Frage sollen im folgenden Entwicklungen in der Struktur der Beschäftigten betrachtet werden.

### Das Meldeverfahren

Grundlage dieses Aufsatzes sind die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Seit dem 1. 1. 1973 existiert das integrierte Meldeverfahren zur Sozialversicherung, mit dessen Hilfe diese Werte ermittelt werden können. Jeder Arbeitgeber ist verpflicht-

tet, demographische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände für alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer anzugeben. Für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte müssen folgende Meldungen abgegeben werden:

- Anmeldung (bei Antritt einer Beschäftigung)
- Abmeldung (bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses)
- Jahresmeldung (für jedes am Jahresende bestehende Beschäftigungsverhältnis)
- Meldung aus sonstigem Anlaß (wie z. B. Unterbrechung der Beschäftigung, Wechsel der Beitragsgruppe oder des zuständigen Krankenversicherungsträgers)

Einheitliche Meldebelege werden vom Arbeitgeber an die zuständigen Träger der Krankenversicherung geschickt. Nach dortiger Überprüfung auf formale und inhaltliche Richtigkeit, gegebenenfalls nach Korrektur, werden die Meldungen an die Datenstelle der Rentenversicherung bzw. an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte weitergeleitet. Hier erfolgt eine erneute Kontrolle. Die für die Arbeitsverwaltung relevanten Daten werden der Bundesanstalt für Arbeit übermittelt. Für jeden Versicherten existiert hier ein sogenanntes Versichertenkonto. Die eingehenden Meldungen werden der jeweiligen Versicherungsnummer zugeordnet und in chronologischer Reihenfolge nach Wirksamkeitsdatum gespeichert. Die statistischen Ämter erhalten schließlich anonymisierte, aggregierte Daten zur weiteren Bearbeitung.

Um eine optimale Nutzung des Datenmaterials zu erreichen, wurde für die Auswertung und Veröffentlichung von Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und der amtlichen Statistik eine Arbeitsteilung vereinbart, die den unterschiedlichen Analyseinteressen gerecht wird. Ziel der Auswertung durch die amtliche Statistik ist neben der Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse für allgemeine Zwecke die weitgehende wirtschaftssystematische, berufliche und regionale Koordinierung mit anderen Erwerbstätigkeitsstatistiken.

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der noch in der Berufsausbildung befindlichen, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zur Rentenversicherung zu entrichten sind. In der Regel fallen alle Arbeiter und Angestellten unter diese Abgrenzung. Nicht enthalten sind Selbständige, unentgeltlich mithelfende Familienangehörige, Beamte und die sogenannten geringfügig Beschäftigten.

Da die Beschäftigtenstatistik nur die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer umfaßt, deckt sie nicht den gesamten Bereich der Erwerbstätigen ab. Darüber hinaus gestaltet sich der Deckungsgrad in den Wirtschaftsabteilungen unterschiedlich. Für Wirtschaftszweige mit einem hohen Anteil an Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten oder geringfügig Beschäftigten wie z. B. Landwirtschaft oder Staat ist die Beschäftigtenstatistik weniger aussagekräftig als für Bereiche, in denen der weitaus überwiegende Teil der Erwerbstätigen der Sozialversicherungspflicht unterliegt.

Die Auswertung des sogenannten Stichtagsmaterials erfolgt vierteljährlich, in sechsmonatigem Abstand zum Berichtsstichtag. Diese Frist stellt einen Kompromiß zwischen den Anforderungen an Aktualität und Vollständigkeit des Datenmaterials dar. Ungefähr 95 % der Meldungen liegen erfahrungsgemäß zu diesem Zeitpunkt vor. Für das Stichtagsmaterial werden alle Versicherungskonten maschinell abgefragt. Die Gesamtheit der Personen, die zum Stichtag der Sozialversicherungspflicht unterliegen, ist Basis für die Bestandswerte. Diese wurden für die folgenden Ausführungen herangezogen.

Außer den Daten, die auch die vierteljährliche Bestandsstatistik bietet, enthält das sogenannte Jahreszeitraummaterial verlaufsbezogene Angaben wie Beginn bzw. Ende der Beschäftigung und beitragspflichtiges Bruttoentgelt. Es wird nicht wie beim Stichtagsmaterial nur die beschäftigte Person, sondern darüberhinaus auch der Beschäftigungsfall betrachtet. Steht eine Person im Verlauf eines Jahres in mehreren, zeitlich aufeinander folgenden oder auch zeitlich parallelen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, ist diese Person auch mehrfach im Material enthalten.

Das Jahreszeitraummaterial kann erst erstellt werden, wenn alle Meldungen eingegangen sind. Daher ergibt sich eine Wartezeit von mindestens zwei Jahren bis zur Auswertung.

## Entwicklung der Beschäftigtenzahlen insgesamt

Erste Daten der Beschäftigtenstatistik liegen seit 1974 vor. Doch erst seit 1977 stehen sie in der Vielfalt wie heute zur Verfügung. 1977 begann auch die regelmäßige Veröffentlichung von Vierteljahresergebnissen für Schleswig-Holstein.

Der Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch saisonale Schwankungen. So lag die Beschäftigung im Dezember in allen betrachteten Jahren unter der des Vorquartals. Jeweils am 30. September wurde der Höchststand erreicht. In folgender Betrachtung, in der auf die Saisonfigur nicht weiter eingegangen werden soll, wurde sich für den 30. 6., die Jahresmitte, entschieden, um den Personalstand über die Jahre miteinander zu vergleichen. Auf den 30. 6. wird auch in den Zeitreihen der Bundesstatistik abgestellt.

Seit Bestehen der Beschäftigtenstatistik unterlag die Wirtschaft zwei vollständigen Konjunkturzyklen: den Rezessionen Mitte der siebziger Jahre und von 1980 bis 1983 sowie den Phasen der Erholung von 1977 bis 1980 und ab 1983. Die Phase seit 1973/1974 war von der ersten sog. Ölkrise gekennzeichnet. Sie wirkte trotz zwischenzeitlichem Aufschwung noch bis 1980 nach. Die neuerlichen Ölpreisanhebungen von 1979 machten sich für das Wirtschaftsgeschehen ebenfalls deutlich bemerkbar. Starke Kostensteigerungen gab es auch durch Lohn- und Gehaltsaufbesserungen. Aus diesen Entwicklungen resultierte die schwache Binnenkonjunktur nach 1980. Um den Kostenanstieg aufzufangen, reduzierten viele Betriebe ihren Personalstand, was auch in der folgenden Darstellung deutlich wird, und sparten Energie. Höhere Auslands- und binnenwirtschaftliche Investitionsnachfrage leiteten 1983 wieder eine konjunkturelle Aufschwungphase ein. Trotz knapper werdender Kapazitätsreserven hielt das Wirtschaftswachstum bis 1989 an und kräftigte sich 1990 sogar noch. Die Kapazitätsgrenze wurde durch rege Investitionstätigkeit nach oben verlagert. Anders als in anderen Hochkonjunkturphasen waren die Lohnerhöhungen nur mäßig, sie fielen als Kostensteigerungen nicht so sehr ins Gewicht.<sup>1</sup>

Auch in Schleswig-Holstein lassen sich diese Entwicklungen beobachten. Nach einem Absinken der Beschäftigtenzahl im Jahre 1975 stiegen die Werte bis 1980. In diesem Zeitraum sind jährliche Zuwächse bis

1) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1981, 1984, 1989

zu annähernd 3 % zu verzeichnen. Der Beschäftigtenstand Mitte 1980 konnte jedoch nicht gehalten werden. Drei Jahre rückläufiger Beschäftigung folgten. Seit 1984 sind wieder Steigerungen zu beobachten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag 1989 bei 754 000 und damit über dem Höchststand der vorherigen Aufschwungphase von 1980 mit 733 000 Beschäftigten.

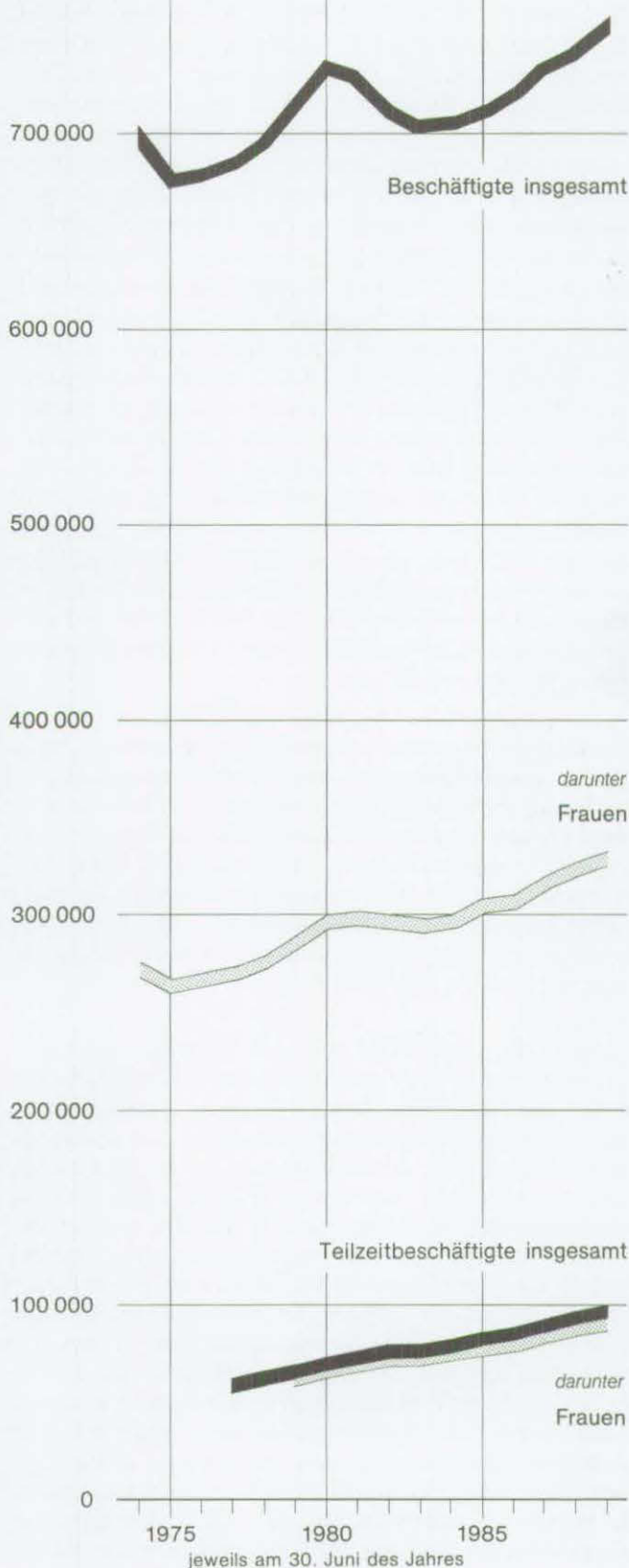
Von 1974 bis 1989 nahm die Beschäftigung um 8,2 % zu. Bundesweit waren es nur 3,9 %. Das Potential an Erwerbstätigen hat jedoch ebenfalls zugenommen: Geburtenstarke Jahrgänge und zunehmend auch nicht-erwerbstätige Frauen drängten auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitsplatznachfrage konnte nicht vollständig befriedigt werden.

Ein weiterer Faktor ist hier von Bedeutung. Außergewöhnlich hohe Steigerungsraten im Bereich der Teilzeitarbeit bestätigen, daß das Beschäftigungsvolumen sich nicht in dem Maße vergrößert hat, wie die Beschäftigtenzahlen vermuten lassen. 1977 hatte der Anteil der Teilzeitarbeit noch bei 8,6 % gelegen. Inzwischen ist er auf 12,8 % gestiegen. Unabhängig von konjunkturellen Zyklen sank der Anteil der Vollzeitbeschäftigung kontinuierlich, während sich der der Teilzeitarbeit ausweitete. Will man die Schwankungen der Beschäftigung erkennen, die konjunktureller Art sind, sollte man sich an die Zahl der vollzeitig Arbeitenden halten. Der Stand von 1980 war mit 663 000 Vollzeitbeschäftigten der höchste seit 1977. Trotz steigender Werte seit 1985 konnte dieser Höchststand bis 1989 nicht erreicht werden. 1989 gab es 658 000 Vollzeitbeschäftigte.

Die vielen neuen Teilzeitarbeitsplätze werden fast nur von Frauen besetzt. Vor allem deswegen hat sich der Anteil der weiblichen an allen Beschäftigten seit Beginn der Statistik stets ausgedehnt. Lediglich in den Jahren 1982 und 1983 ergaben sich geringe Rückgänge. Gemessen an der Veränderung der Beschäftigtenzahlen war die Entwicklung für die Frauen meistens günstiger als für die Männer. Steigerungsraten von bis zu 4 % pro Jahr konnten bei den Männern nicht erreicht werden. Die Frauenquote beträgt inzwischen 43,7 % (330 000 weibliche Beschäftigte). 1974 lag der Anteil noch bei 38,9 %. Diese Zahlen lassen jedoch nicht den Schluß zu, männliche und weibliche Beschäftigung wären annähernd ausgeglichen. 90 300 oder 27,4 % der Frauen sind 1989 teilzeitbeschäftigt. Von den Männern sind es lediglich 1,5 %. Damit wird 93,3 % der Teilzeitarbeit von Frauen ausgeführt.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte  
1974 bis 1989

D 5931 Stat. LA S-H



### Strukturveränderungen in der Wirtschaft

Im folgenden soll nun die Entwicklung der Beschäftigung in den drei Wirtschaftssektoren betrachtet werden. Am 30. 6. 1989 arbeiteten im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Energie und Wasser, Bergbau) 4,0 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Es sollte an dieser Stelle nicht vergessen werden, daß der Deckungsgrad der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft durch die Beschäftigtenstatistik relativ gering ist. Bei Betrachtung des gesamten primären Sektors erfolgt zwar ein Ausgleich durch die fast vollständig durch die Beschäftigtenstatistik abgedeckte Wirtschaftsabteilung Energie- und Wasserversorgung, Bergbau; hier waren jedoch nur 36,2 % der im gesamten Sektor Beschäftigten (10 998 von 30 353 Personen) tätig. Bei Einbeziehung der Selbständigen der Land- und Forstwirtschaft würde dieses Verhältnis noch sinken, denn in der Energie- und Wasserversorgung und im Bergbau, der in Schleswig-Holstein außer der inzwischen bedeutungslosen Torfstecherei vor allem Erdölförderung bedeutet, gibt es so gut wie keine Selbständigen. Der Anteil des primären an allen Sektoren würde bei Einbeziehung der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen wegen der hohen Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (etwa 30 000) höher ausfallen.

Im sekundären Sektor arbeiteten zur Jahresmitte 1989 36,3 % der Beschäftigten, während der Dienstleistungssektor bei 59,7 % lag. Damit hat sich seit 1974 eine eindeutige Verschiebung der Gewichte vom Produktions- in den Dienstleistungsbereich ergeben. Der Anteil des primären Sektors hatte damals 4,2 % betragen. Er blieb somit nahezu konstant. Der sekundäre Sektor hatte 1974 noch 44,3 % der Angestellten und Arbeiter beschäftigt, der tertiäre Sektor 51,5 %.

Auch in der Jahresfolge seit 1974 zeigt der Anteil des primären Sektors nur minimale Schwankungen im Anteil an allen Sektoren. Dies gilt für beide darin enthaltenen Wirtschaftsabteilungen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist allerdings über die Jahre uneinheitlich. Dabei folgt die Entwicklung nicht unbedingt dem Konjunkturverlauf. Bis 1980 steigen die Zahlen, weisen aber zwischenzeitlich relativ niedrige Werte auf. Der Rückgang von 1981 wird im nächsten Jahr bereits wieder aufgefangen. Die Beschäftigtenzahl nimmt — mit einer Ausnahme — bis 1988 jährlich zu. Erst 1989 ist wiederum ein Rückgang zu verzeichnen. In der Land- und Forstwirtschaft spielen möglicherweise Unbeständigkeiten im Wettergeschehen eine Rolle. Der Anteil der Energie- und Wasserversorgung an der Gesamtbeschäftigung war im Zeitablauf relativ konstant. Er lag über die Jahre bei ungefähr 1,5 %. Die Zahl der Beschäftigten stieg seit 1978 fast permanent an. Damit

zeigt sich in Schleswig-Holstein eine deutliche Abweichung von der bundesweiten Entwicklung. Hier sank seit 1982 die Beschäftigung.

Zum sekundären Sektor zählen üblicherweise sowohl das verarbeitende als auch das Baugewerbe. 1989 unterlagen dort in Schleswig-Holstein 274 000 Personen der Sozialversicherungspflicht. 1974 waren es noch 309 000 gewesen. Abgesehen von den Jahren 1978 und 1980 verringerte sich der Anteil dieses Sektors kontinuierlich.

Das Baugewerbe konnte nicht an die gesamtwirtschaftliche Aufschwungphase seit 1983 anschließen. Die Zahl der Beschäftigten sank seit 1980 auf den Tiefststand von 56 000 im Jahre 1988. 1989 ging dieser Wert nur leicht nach oben. Das verarbeitende Gewerbe Schleswig-Holsteins hat ungefähr viermal so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie das Baugewerbe. Der Deckungsgrad der Beschäftigtenstatistik im verarbeitenden Gewerbe ist sehr hoch. Hier unterliegen fast alle Erwerbstätigen der Sozialversicherungspflicht. Zwischen 1978 und 1984 war der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an allen Abteilungen gesunken. In den zwei darauf folgenden Jahren zeigte sich ein leichter Zuwachs. Seit 1987 liegt der Wert bei 28,8 %. Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich, gemessen an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, weitgehend prozyklisch. Die Veränderungen fallen aber — das ist aus der Fachstatistik des verarbeitenden Gewerbes bekannt — geringer aus als beispielsweise die der Umsätze.

Der Höchststand von 234 000 Beschäftigten im Jahre 1974 und der ebenfalls hohe Stand von 1980 (232 000 Beschäftigte) konnten bis 1989 nicht erreicht werden. 218 000 Arbeitnehmer waren in diesem Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Ein großer Teil des Beschäftigungsrückganges im verarbeitenden Gewerbe dürfte auf Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen sein. Durch die Einführung von technischem Fortschritt in bestehende Produktionsprozesse kann menschliche durch maschinelle Arbeit ersetzt werden. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter ist kein alleiniges Indiz dafür, wie sich die Menge an produzierten Waren und die dabei erreichte Wertschöpfung verändert hat. Nach den Anteilen des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1980) zeichnet sich aber eine gleichgerichtete Tendenz ab: Zwischen 1974 und 1989 sank dieser Anteil von 26,1 % auf 21,0 %.

Der tertiäre Sektor verzeichnete unabhängig von konjunkturellen Schwankungen einen steigenden Anteil an der Beschäftigung. Seit 1977 wurden ausnahmslos Zu-

## Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1974 bis 1989 nach Wirtschaftssektoren

Ausgewähltes Jahr (jeweils 30. 6.)	Ins- gesamt	Davon ... Sektor		
		primärer <sup>1</sup>	sekundärer <sup>2</sup>	tertiärer <sup>3</sup>
		Anzahl		
1974	697 459	29 056	309 189	359 199
1977	685 900	28 634	293 607	363 481
1980	733 243	29 183	308 665	394 998
1981	726 918	29 098	300 196	397 573
1982	711 983	29 436	286 238	396 309
1983	703 748	29 743	277 289	396 493
1984	704 671	30 072	272 805	401 563
1985	710 672	30 324	268 808	411 193
1986	720 075	30 803	272 008	417 253
1987	734 318	30 769	268 670	434 868
1988	742 431	31 049	269 518	441 787
1989	754 353	30 353	273 720	450 267
		Meßzahl 1980 $\hat{=}$ 100		
1974	95,1	93,6	100,2	90,9
1977	93,5	98,1	95,1	92,0
1980	100	100	100	100
1981	99,1	99,7	97,3	100,7
1982	97,1	100,9	92,7	100,3
1983	96,0	101,9	89,8	100,4
1984	96,1	103,0	88,4	101,7
1985	96,9	103,9	87,1	104,1
1986	98,2	105,6	88,1	105,6
1987	100,1	105,4	87,0	110,1
1988	101,2	106,4	87,3	111,8
1989	102,9	104,0	88,7	114,0
		Anteil an der Summe der Sektoren		
1974	100	4,2	44,3	51,5
1977	100	4,2	42,8	53,0
1980	100	4,0	42,1	53,9
1981	100	4,0	41,3	54,7
1982	100	4,1	40,2	55,7
1983	100	4,2	39,4	56,3
1984	100	4,3	38,7	57,0
1985	100	4,3	37,8	57,9
1986	100	4,3	37,8	57,9
1987	100	4,2	36,6	59,2
1988	100	4,2	36,3	59,5
1989	100	4,0	36,3	59,7

1) Die Wirtschaftsabteilungen Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sowie Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau

2) Die Wirtschaftsabteilungen verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe

3) Die Wirtschaftsabteilungen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, anderweitig nicht genannte Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

wächse verzeichnet. Inzwischen ist dieser Anteil bei fast 60 % angelangt. Gemessen an der Beschäftigung fällt dem Dienstleistungssektor damit das größte Gewicht zu. Nach aller Erwartung wird es noch weiter wachsen. Die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor stieg von 359 000 im Jahre 1974 um rund ein Viertel auf 450 000 im Jahre 1989.

Der Handel folgte dabei nicht der allgemeinen Entwicklung: Im Handel arbeiteten zur Jahresmitte 1989 15,8 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Beschäftigtenzahl hatte mit einem Wert von 119 000 ihren Höchststand erreicht, konnte sich aber nach Rückgängen seit 1980 erst von 1987 an wieder erholen. Bedeutend für die Beschäftigtenentwicklung im Handel ist die Tendenz zu großen Supermärkten, die das Personal rationeller einsetzen können als kleine Läden.

Der Anteil des Verkehrs- und Nachrichtenwesens ist über die Zeit annähernd konstant bei 4,8 % geblieben. Der Konjunkturverlauf läßt sich in den Zahlen der Beschäftigten nachvollziehen, wenn auch ein Rückgang nach 1981 nur in abgeschwächter Form auftritt.

Die Beschäftigung bei Banken und Versicherungen hat deutlich zugenommen. Die Anzahl der Mitarbeiter stieg bis auf zwei Ausnahmen bis 1987 jährlich an. 1988 folgte ein leichter Rückgang, 1989 nahm die Beschäftigtenzahl wieder zu.

Die dynamische Entwicklung des tertiären Sektors ist stärker von dieser Wirtschaftsabteilung geprägt als von den distributiven Dienstleistungen, die dem allgemeinen Trend nicht in gleichem Maße entsprechen. Ein Grund dafür mag in der Weiterentwicklung des Girowesens liegen, wodurch die Banken von einem größeren Publikum als zuvor frequentiert werden. In den gestiegenen Beschäftigtenzahlen des Versicherungswesens spiegelt sich wider, daß die Zahl der potentiellen Versicherungsobjekte (Haushalte, Häuser, Kraftfahrzeuge), möglicherweise aber auch das Bedürfnis nach ökonomischer Absicherung, zugenommen hat.

Noch deutlicher wird das Gewicht des tertiären Sektors, wenn man sich die Wirtschaftsabteilung der anderweitig nicht genannten Dienstleistungen sowie die der Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften usw.) ansieht. Sowohl was die Zahl der Beschäftigten als auch ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigung angeht, konnten beide Abteilungen in fast allen Jahren Zuwächse verzeichnen. Lediglich 1982 war die Zahl der in Organisationen ohne Erwerbszweck Tätigen leicht rückläufig. Der Anteil der Organisationen ohne Erwerbszweck an allen Beschäftigten nimmt sich mit 2,6 % relativ gering aus. 1974 hatte er bei 1,7 % gelegen. Jeder fünfte Beschäftigte hingegen

arbeitete am 30. 6. 1989 in der Wirtschaftsabteilung der anderweitig nicht genannten Dienstleistungen (Gesundheitswesen, Gaststättengewerbe usw.). 1974 waren es erst 16,4 % gewesen.

Die anderweitig nicht genannten Dienstleistungen boten 1989 sehr viele Teilzeitarbeitsplätze. 35 % aller Teilzeitkräfte arbeitete in dieser Abteilung der Dienstleistungen. Diese 96 700 Personen waren zu 92 % Frauen. Von allen erwerbstätigen Frauen, also unter Einschluß auch der vollzeitbeschäftigten, arbeitete mehr als jede dritte (36 %) in den anderweitig nicht genannten Dienstleistungen. Von den Männern waren es nur 13 %.

Der tertiäre Sektor hat also besonders in den Bereichen zugelegt, die einem erhöhten Anspruch der Bevölkerung an gesundheitliche und soziale Absicherung entgegenkommen. Auch im Bundesgebiet ist dieser Trend zu beobachten. Seit 1978 weisen die drei zuletzt beschriebenen Wirtschaftsabteilungen wachsende Beschäftigtenzahlen auf. Dabei liegen die prozentualen Zuwächse bei Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbszweck noch über denen von Banken und Versicherungen. Handel und Verkehr legten im Bundesgebiet seit 1987 zwar zu, wiesen jedoch zwischenzeitlich Beschäftigtenrückgänge auf.

Die hier aufgeführten Werte für die Abteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger zeichnen ein verzerrtes Bild. Ein großer Teil der in diesem Bereich Arbeitenden sind Beamte und gehören also nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Daher sind die Beschäftigtenzahlen dieser Wirtschaftsabteilung als solche weniger aussagekräftig als vielmehr der Trend, den sie vorgeben: Zwischen 1977 und 1981 ist ein Ansteigen zu beobachten, ebenso von 1982 bis 1987. Seit 1987 sinken die Zahlen der Sozialversicherungspflichtigen. Auch der Anteil an allen Beschäftigten ist seitdem leicht rückläufig. Dies gilt auch im gesamten (damaligen) Bundesgebiet.

### ***Tertiarisierung des produzierenden Gewerbes***

Beurteilt man die Bedeutung der Dienstleistungen in unserer Gesellschaft, darf nicht vergessen werden, daß auch in Bereichen, die nicht dem tertiären Sektor zugeordnet werden, Dienstleistungen erbracht werden. Hier findet statt, was als Tertiarisierung bezeichnet wird. Komplexer werdende Produktionsstrukturen stellen auch erhöhte Anforderungen an Organisation und Verwaltung. Neue Kommunikations- und Informationstech-

nologien sind ebenso notwendig wie geschultes Personal zu deren Bedienung.<sup>2</sup>

Die hier genannten Zahlen der versicherungspflichtig Beschäftigten sind nach der Systematik der Wirtschaftszweige und nach Maßgabe der ökonomischen Aktivität ihres Betriebes gegliedert. Die Statistik stellt auch die Gliederung dieser Personen nach ihrem Beruf bereit. Während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im tertiären Sektor 1989 59,7 % betrug, war der Anteil der in Dienstleistungsberufen Tätigen etwa gleich hoch. Er lag bei 59,2 %.

Es soll jedoch noch einmal auf die Einschränkungen hingewiesen werden, die sich aus der Art dieser Statistik ergeben: Im tertiären Sektor kann Arbeit nur beschränkt durch neue Techniken substituiert werden. Eine relativ große Beschäftigtenzahl ist damit vorgegeben. Über die Produktivität der Sektoren macht die Beschäftigtenstatistik keine Aussagen. Arbeitsplatzverluste können daher durchaus mit Mehrproduktion einhergehen. Auch der hohe Anteil der Teilzeitarbeit im Dienstleistungssektor schränkt die Aussagekraft der Beschäftigtenzahlen ein.

Andererseits fehlen in den beschriebenen Werten auch die Zahlen der Beamten. 1989 verteilten sich 65 700 vollzeit- und 8 100 teilzeitbeschäftigte Beamte und Richter auf die Wirtschaftsabteilungen, und zwar nahezu ausschließlich auf diejenigen des tertiären Sektors.

Zur weiteren Analyse soll daher wiederum die Bruttowertschöpfung herangezogen werden, die die gesamte wirtschaftliche Leistung darstellt. Nach vorläufigen Zahlen für 1989 hatte im Lande die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen des tertiären Sektors (in Preisen von 1980) einen Anteil von 63,7 % an allen drei Sektoren. Damit wird der aus der Beschäftigtenstatistik stammende Wert noch übertroffen. Bereits 1975 hatte der Anteil an der Bruttowertschöpfung bei 57,7 % gelegen. Abgesehen vom Jahr 1981 stieg die Bruttowertschöpfung stets an. Den an den Beschäftigtenzahlen beobachteten Wandel in Richtung Dienstleistungssektor bestätigt also auch der Maßstab Wertschöpfung.

2) Schneppe, F., Beschäftigung und Berufsstruktur 1978 bis 1986, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/87

## Die regionale Entwicklung

Es stellt sich die Frage, ob die beobachteten Umschichtungen vom Produktions- zum Dienstleistungssektor hinsichtlich Beschäftigtenzahl und -struktur auch in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins nachzuvollziehen sind, oder ob sich diese Entwicklungen mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten ergeben.

Da in regionaler Gliederung keine Daten von 1974 an verfügbar sind, beziehen sich folgende Ausführungen auf die Jahre 1980 bis 1989. Generell läßt sich feststellen, daß sich auch in den einzelnen Kreisen widerspiegelt, was für ganz Schleswig-Holstein bereits festgestellt wurde.

Im Baugewerbe sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1980 und 1989 in allen Kreisen. Auch der Anteil an der Gesamtbeschäftigung nahm in dieser Zeit durchweg ab. Während sich die Beschäftigtenzahl im verarbeiteten Gewerbe in 12 der insgesamt 15 Kreise ebenfalls verringerte, legten die Wirtschaftsabteilungen des tertiären Sektors zusammen genommen in fast allen Kreisen zu.

Der Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtbeschäftigung sank von 1980 bis 1983 in allen Kreisen mit Ausnahme von Steinburg. Diese Tendenz setzte sich in abgeschwächter Form bis 1989 fort. Im Gegensatz zur ersten Phase, in der fast alle Kreise von einem Anteilsrückgang betroffen waren, verringerte sich der Anteil 1989 gegenüber 1983 nur noch in neun der fünfzehn Kreise. Über den gesamten Zeitraum gesehen wurde aber in allen Kreisen Beschäftigung abgebaut. Am 30. 6. 1989 streuten die Anteile des verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigtenzahl zwischen 41,9 % (22 600 Beschäftigte) in Stormarn und 15,0 % (6 500 Beschäftigte) in Nordfriesland.

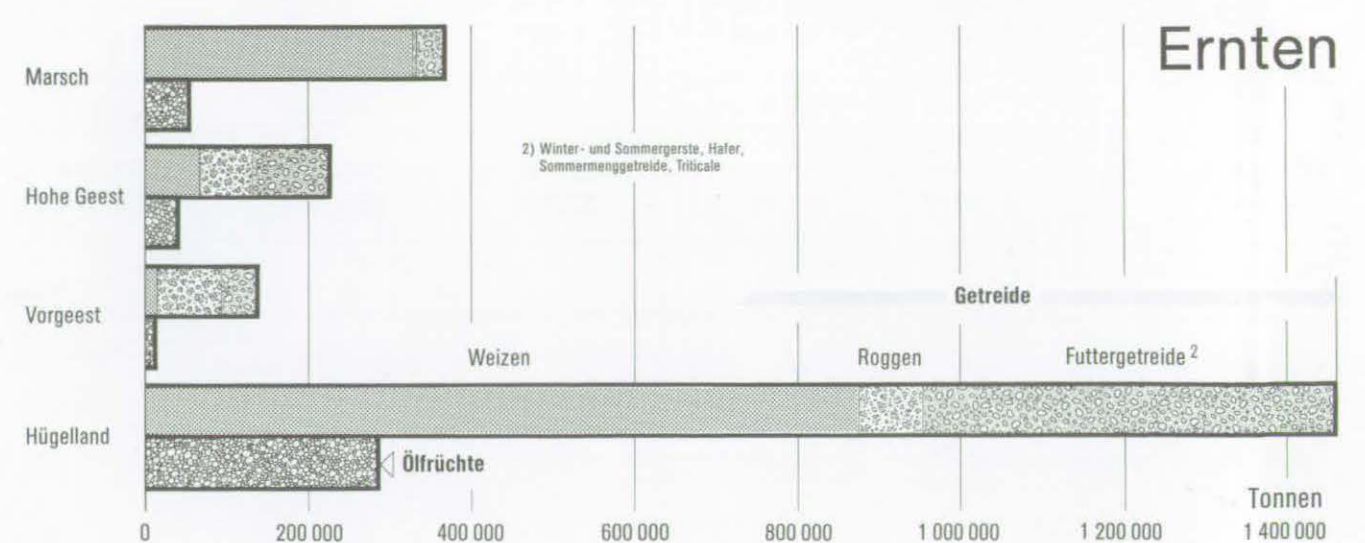
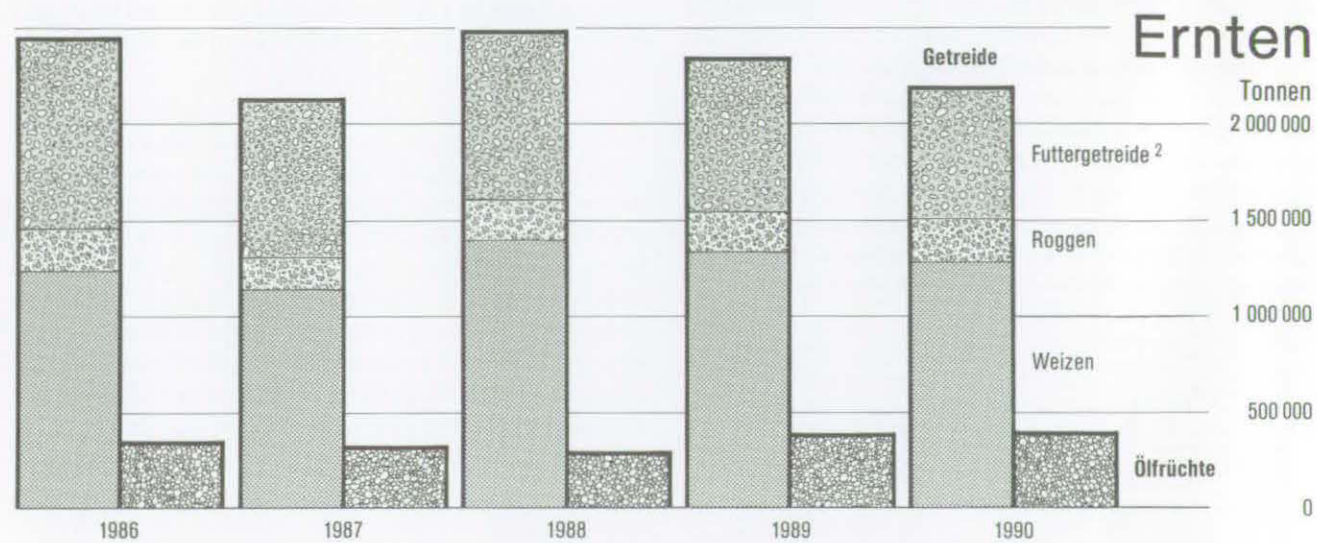
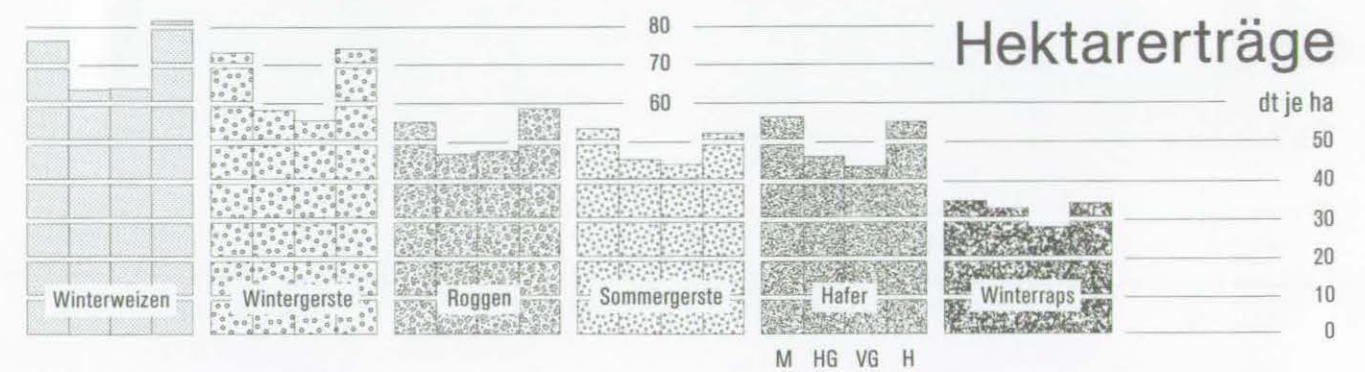
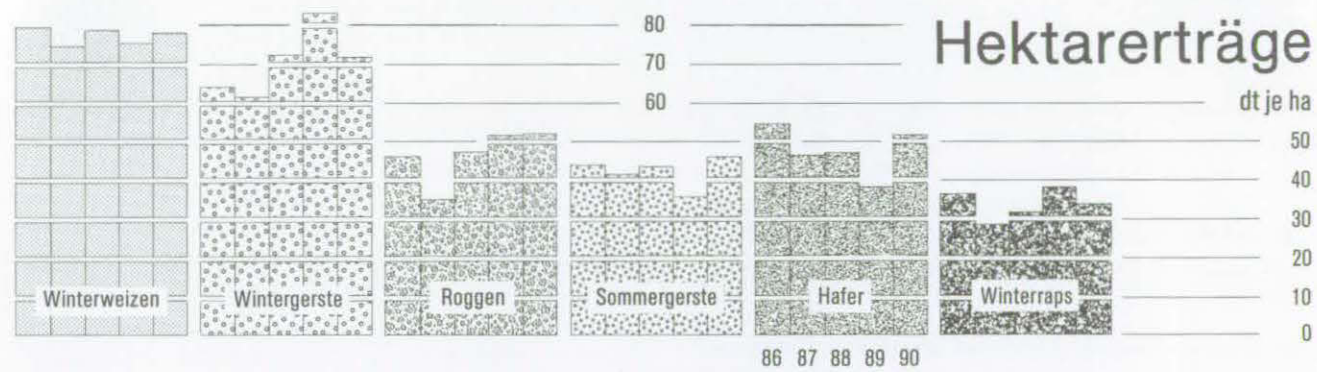
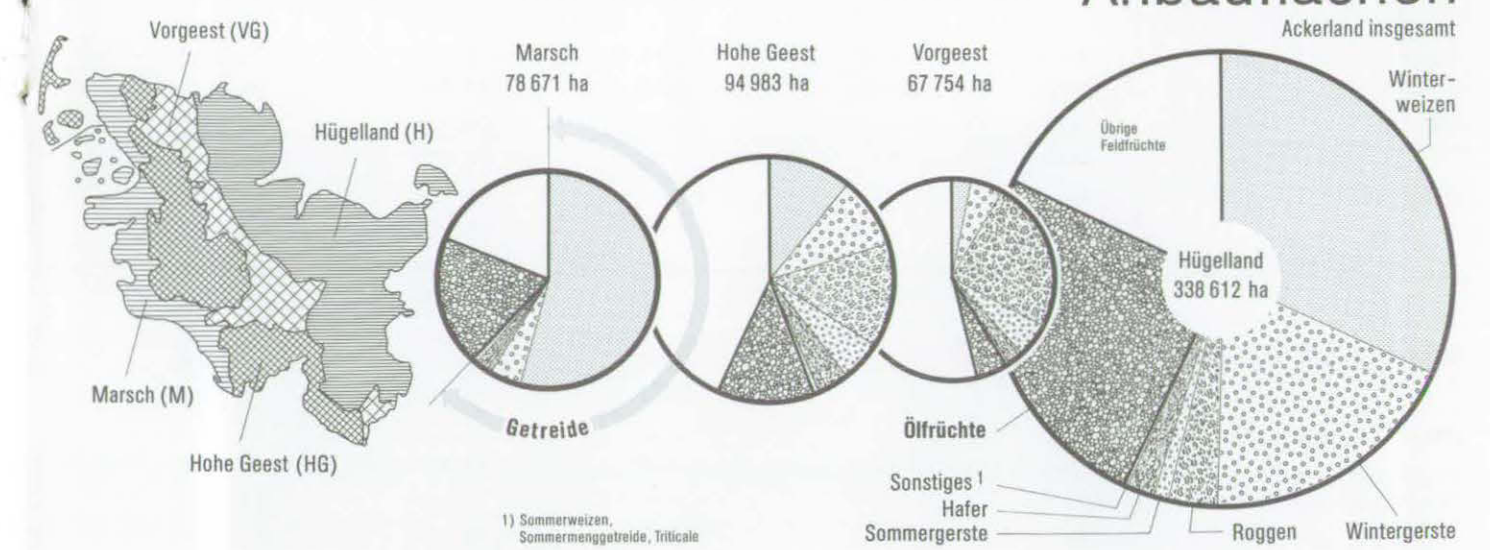
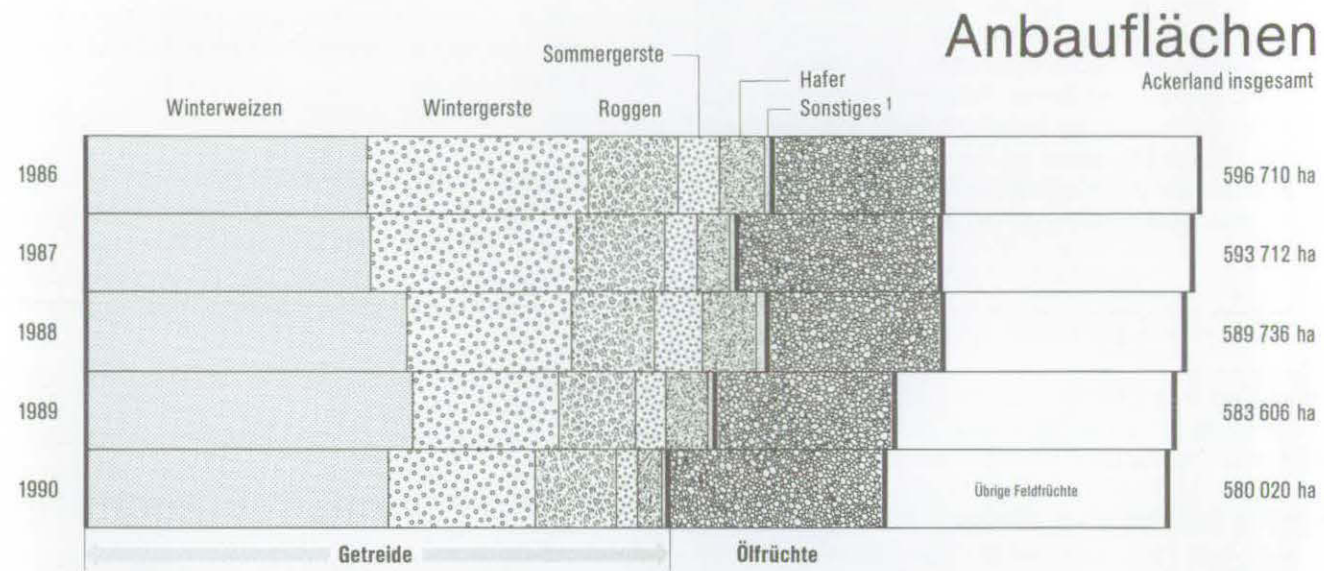
In der Wirtschaftsabteilung Handel war die Entwicklung regional uneinheitlich. Während in den an Hamburg grenzenden Kreisen Stormarn, Segeberg, Pinneberg und Herzogtum Lauenburg ebenso wie in der Stadt Neumünster die Beschäftigung zunahm, sank sie in den übrigen kreisfreien Städten. In den restlichen Kreisen stieg der Wert nur gering oder verringerte sich sogar. Auch hier läßt sich beobachten, daß der Beschäftigtenanteil des Handels zwischen 1980 und 1983 in mehr Kreisen zurückging als im darauffolgenden Zeitraum bis 1989.

# Getreide und Ölfrüchte...

D 5910 Stat. LA S-H

## ... in Schleswig-Holstein 1986 bis 1990

## ... in den Hauptnaturräumen 1990





**Sozialversicherungsflchtig Beschäftigte in den kreisfreien Städten und Kreisen 1980 und 1989 nach Wirtschaftssektoren**

KREISFREIE STADT Kreis	Jahr (jeweils 30. 6.)	Ins- gesamt	Davon ... Sektor		
			primärer <sup>1</sup>	sekundärer <sup>2</sup>	tertiärer <sup>3</sup>
FLENSBURG	1980	38 836	544	13 361	24 931
	1989	38 982	533	11 813	26 636
KIEL	1980	109 595	2 134	36 709	70 752
	1989	107 611	2 228	29 955	75 428
LÜBECK	1980	84 893	1 961	36 709	46 223
	1989	79 392	2 079	28 823	48 490
NEUMÜNSTER	1980	31 070	656	14 475	15 939
	1989	32 065	549	13 052	18 464
Dithmarschen	1980	33 234	1 617	15 374	16 243
	1989	33 285	1 851	13 106	18 328
Hzgt. Lauenburg	1980	31 943	1 453	16 028	14 462
	1989	33 188	1 606	14 464	17 118
Nordfriesland	1980	41 391	1 681	12 000	27 710
	1989	43 668	1 867	10 246	31 555
Ostholstein	1980	45 594	2 293	15 835	27 466
	1989	47 185	2 316	13 523	31 346
Pinneberg	1980	69 683	4 672	35 316	29 695
	1989	70 332	4 543	29 830	35 959
Plön	1980	19 985	1 591	7 727	10 667
	1989	19 997	1 365	6 693	11 939
Rendsburg- Eckernförde	1980	56 829	3 898	24 326	28 605
	1989	59 308	3 915	21 916	33 477
Schleswig- Flensburg	1980	36 321	2 205	14 496	19 620
	1989	38 469	2 484	12 529	23 456
Segeberg	1980	53 798	1 776	25 632	26 390
	1989	63 892	1 955	27 213	34 724
Steinburg	1980	33 153	1 278	16 279	15 596
	1989	32 965	1 687	14 102	17 176
Stormarn	1980	46 918	1 424	24 795	20 699
	1989	54 012	1 375	26 468	26 169
<b>Schleswig- Holstein</b>	<b>1980</b>	<b>733 243</b>	<b>29 183</b>	<b>309 062</b>	<b>394 998</b>
	<b>1989</b>	<b>754 351</b>	<b>30 353</b>	<b>273 733</b>	<b>450 265</b>

1) Die Wirtschaftsabteilungen Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sowie Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau

2) Die Wirtschaftsabteilungen verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe

3) Die Wirtschaftsabteilungen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, anderweitig nicht genannte Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Die Abteilung Verkehr und Nachrichtenwesen entwickelte sich überwiegend positiv. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter sank zwischen 1980 und 1989 lediglich in Flensburg, Kiel, Dithmarschen und Steinburg. Der Anteil dieser Abteilung im Jahre 1989 variiert zwischen 2,0 % (670 Beschäftigte) im Herzogtum Lauenburg und 8,1 % (2 600 Beschäftigte) in Neumünster. Vom Anteilsrückgang von 1980 bis 1983 waren nur Kreise betroffen (Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg, Ostholstein, Steinburg). Zwischen 1983 und 1989 verzeichneten neben Dithmarschen und Steinburg auch die kreisfreien Städte Flensburg und Kiel einen rückläufigen Anteil an der Gesamtbeschäftigung.

Die Entwicklung im Kredit- und Versicherungswesen stellt sich in den kreisfreien Städten anders als in den Kreisen dar. Während erstere geringe Rückgänge bzw. einen Zuwachs der Beschäftigtenzahlen von nur 0,2 % in Lübeck aufweisen, stieg dieser Wert in den Kreisen um 4,1 % bis 20,4 %. Der Anteil des Kredit- und Versicherungswesens an allen Beschäftigten stieg zwischen 1980 und 1983 in allen Kreisen, lediglich in Stormarn blieb er gleich. Von 1983 bis 1989 war die Entwicklung weniger eindeutig. In acht Kreisen sank der Anteil wiederum; in fünf war er gleichbleibend; in zwei Kreisen stieg er. Über den gesamten Zeitraum gesehen dehnte sich der Anteil jedoch in der Mehrzahl der Kreise aus.

Die Wirtschaftsabteilung der anderweitig nicht genannten Dienstleistungen weist für ausnahmslos alle Kreise gestiegene Beschäftigtenzahlen für den betrachteten Zeitraum auf. Die Zuwächse erstrecken sich von 8,3 % (+ 1 369 Beschäftigte) in Lübeck bis zu 51,7 % (+ 1 939 Beschäftigte) in Neumünster. Auch der Anteil an allen Beschäftigten dehnte sich in allen Kreisen aus. Dies gilt für beide der genannten Konjunkturphasen.

Zwischen 1980 und 1989 nahm auch bei den Organisationen ohne Erwerbszweck die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Kreisen zu. Nur

Plön weist 1989 11,4 % weniger Arbeiter und Angestellte auf. Die prozentualen Zuwächse umfassen die Bandbreite von 3,8 % im Herzogtum Lauenburg bis zu 94,7 % in Flensburg. Auch der Anteil an der Gesamtbeschäftigung stieg in der Mehrzahl der Kreise.

Die Zahl der bei Gebietskörperschaften und bei Sozialversicherungsträgern Beschäftigten war, abgesehen von Flensburg und Neumünster, 1989 in allen Kreisen höher als 1980. Außer in diesen beiden Städten stieg auch der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtzahl überall an.

Auch wenn die Entwicklung der Sektoren in den Kreisen in etwa gleich gerichtet war, ist doch das Gewicht der Sektoren in den Kreisen durchaus verschieden. So bildete der primäre Sektor in den kreisfreien Städten einen Anteil zwischen 1,2 % in Flensburg und 2,6 % in Lübeck. In den Kreisen reichte er bis zu 6,8 % in Plön.

Das nach der Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten höchste Gewicht hatte der sekundäre Sektor in den an Hamburg grenzenden Kreisen. Stormarn liegt mit einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 49,0 % obenan, gefolgt vom Herzogtum Lauenburg mit 43,5 %. Auch in Steinburg, Segeberg und Pinneberg waren über 40 % der Arbeitnehmer im sekundären Sektor tätig. Die Werte der kreisfreien Städte liegen mit Ausnahme von Neumünster unter dieser Marke. Während die Lage in der Nähe Hamburgs den sekundären Sektor offensichtlich begünstigt, fallen die Anteile des tertiären Sektors in diesen Kreisen entsprechend niedrig aus. Sie liegen bei 50 %. Der höchste Wert des tertiären Sektors wurde in Nordfriesland festgestellt (72,3 %), wo verarbeitendes und Baugewerbe mit insgesamt nur 23,5 % gering vertreten sind. Auch in Kiel, Flensburg und Ostholstein sind viele Berufstätige im tertiären Sektor tätig (von 70,1 % bis 66,4 %), wobei unter anderem die Beamten der Landesregierung noch nicht einmal enthalten sind. Stormarn liegt mit 48,4 % am unteren Ende.

*Birgit Herdejürgen*

## Wohnungsmieten im Mai 1987

Die volkswirtschaftliche Weisheit eines unbekanntenen Autors lautet: „Selbst aus einem Papagei kann man einen gelehrten Nationalökonom machen; er muß nur die beiden Worte 'Angebot' und 'Nachfrage' beherrschen.“<sup>1</sup> Diese provokative Aussage gilt einem entscheidenden Aspekt der Volkswirtschaftslehre: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Im Prinzip gilt diese Grundregel auch für den Wohnungsmarkt. Die Miete (Preis) resultiert aus dem Prozeß des Aufeinandertreffens von wohnungsvermietenden (Angebot) und wohnungssuchenden (Nachfrage) Personen. Da aber das Wohnen ein menschliches Grundbedürfnis darstellt, greift der Staat in den Wohnungsmarkt ein.

Der Wohnungsmarkt besitzt noch einige Besonderheiten, die ihm zu einer Ausnahmestellung verhelfen. Das Wohnungsangebot ist normalerweise immobil. Ist ein Wohngebäude erst einmal erbaut worden, kann es nur stehenbleiben, umgebaut oder abgerissen werden. Das Angebot bewegt sich also nicht zum Markt — dem Ort, wo sich Angebot und Nachfrage treffen. Ein anderer Punkt ist die Zeitverzögerung, mit der das Wohnungsangebot auf die Nachfrage reagiert. Diese sozialen, räumlichen und zeitlichen Aspekte schränken die Geltung der üblichen Marktlehre für den Wohnungsmarkt ein.

Zur Zeit ist ein Engpaß auf dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. Meldungen über die „neue Wohnungsnot“, über Wuchermieten und Benachteiligungen von Mietern zeigen, daß je nach Sichtweise das Angebot zu niedrig oder die Nachfrage zu hoch ist. Der Wohnungsbau konnte nicht mehr mit der gestiegenen Nachfrage Schritt halten. Die Hauptursachen der gestiegenen Nachfrage liegen in der veränderten Bedarfsstruktur und der erhöhten Bevölkerungszahl. Der erste Aspekt offenbart sich in dem gestiegenen Wohnraumbedarf (von 23 m<sup>2</sup> auf 33 m<sup>2</sup> je Person bei den Mietwohnungen zwischen den beiden letzten Gebäude- und Wohnungszählungen der Jahre 1968 und 1987) und der vermehrten Bedeutung von Ein-Personen-Haushalten. Die Anzahl der Mietwohnungen mit einer Person nahm im selben Zeitraum von 2,5 Mill. auf 6,6 Mill. zu. Beim zweiten Punkt sind die Wande-

rungsgewinne dominierend, d. h. die Zahl der Zuzüge übersteigt die der Fortzüge. Die Veränderung der Bedarfsstruktur hat demografische wie soziologische Komponenten: Zum Zeitpunkt der Zählung 1987 waren die sog. geburtenstarken Jahrgänge bereits voll in der Phase der Haushaltsgründung, gleichzeitig ist die Lebenserwartung der älteren Menschen kontinuierlich gestiegen. Viele Haushalte neigen dazu, ihre Wohnung zu behalten, auch wenn die Zahl der Personen im Haushalt abnimmt.

Während sich die Bedarfsstruktur über einen längeren Zeitraum verändert, wirken Wanderungen sehr schnell. Gerade bei den Wanderungen wird das Dilemma beim Wohnungsmarkt offenbar: Die Nachfrage tritt sofort auf, während das geforderte Angebot erst über eine Zeitverzögerung vom Bau bis zum Bezug der Wohnungen bereitgestellt werden kann. Diese Übergangszeit birgt soziale Härten. Es gibt daneben noch andere Gründe für die „neue Wohnungsnot“ (z. B. Engpässe im Angebot von Bauland, hohe Zinsen, Rückgang des sozialen Wohnungsbaus). Diese Problematik ist sehr komplex, sie soll in diesem Aufsatz nur einleitend behandelt sein.

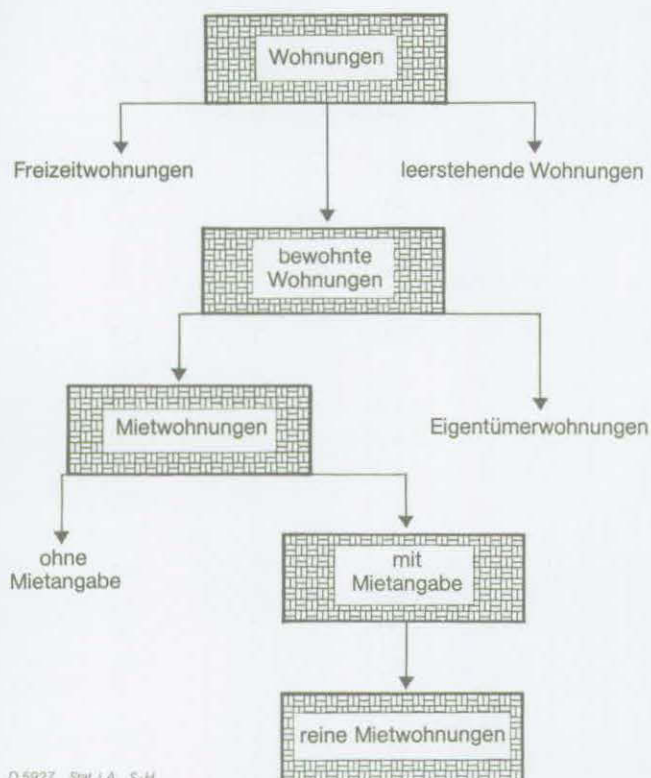
Zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung als Teil der Volkszählung am 25. 5. 1987 war die Situation auf dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland eine andere gewesen. Das Angebot konnte die Nachfrage zumindest quantitativ decken. Im Gegenteil: es standen sogar fast eine halbe Million Wohnungen leer, darunter 20 000 in Schleswig-Holstein. In diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung der Wohnungsmieten von Interesse, da diese durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

### Mieten stark gestiegen

Zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. 10. 1968 hatte die durchschnittliche Miete je m<sup>2</sup> für Mietwohnungen in der Bundesrepublik 2,28 DM betragen. Bis zum 25. 5. 1987 verdreifachte sich dieser Preis auf 6,87 DM. In Schleswig-Holstein stieg die durchschnittliche Quadratmetermiete im selben Zeitraum sogar noch etwas stärker, nämlich von 2,37 DM um 224 % auf 7,67 DM. Der Preisindex für Wohnungsmieten der privaten Haushalte dagegen hat sich von

1) Nach: Samuelson, Paul A.; Volkswirtschaftslehre (Band I), 1964, S. 81

### Systematik der Wohnungen in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987



D 5927 Stat. LA S-H

1968 bis 1987 um ungefähr 130 % erhöht. Auch wenn diese Preissteigerung methodisch nicht voll mit der Mietsteigerung laut Gebäude- und Wohnungszählung verglichen werden kann<sup>2</sup>, wird doch deutlich, daß ein großer Teil der Mietsteigerung durch Qualitätsverbesserungen der Wohnungen zu erklären ist.

Die Mieten sind in diesem Aufsatz grundsätzlich auf „bewohnte reine Mietwohnungen mit Mietangaben“ bezogen. Um diese eingeschränkte Definition besser verstehen zu können, wird eine Systematik der Wohnungen vorangestellt.

Am 25. 5. 1987 wurden in Schleswig-Holstein 1,13 Mill. Wohnungen gezählt. Von diesen Wohnungen waren ungefähr 1,08 Mill. bewohnt, 20 000 standen leer, und fast 30 000 dienten als Freizeitwohnung. Von den bewohnten Wohnungen sind 600 000 Miet- und fast 500 000 Eigentümerwohnungen. Die Mietpreise beziehen sich natürlich auf die Mietwohnungen, die bewohnt waren und für die eine Mietangabe gemacht wurde. Für fast 30 000 oder 5,8 % bewohnte reine Mietwohnungen lagen keine Angaben vor.

2) Über die Preisindizes der Lebenshaltung — zu ihnen gehört der Mietenindex — wurde ausführlich in Heft 2/1990 dieser Zeitschrift berichtet.

Das Wort „reine“ schließt folgende Wohnungen von den Mietwohnungen aus: Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stift- sowie Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen. Wohnungen mit überhöhter Miete und Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte bleiben unberücksichtigt. Ebenso werden verbilligte, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen sowie völlig untervermietete Wohnungen in den Begriff der bewohnten reinen Mietwohnungen nicht einbezogen. Damit werden fast 70 000 weitere Mietwohnungen ausgeschlossen.

Die Zahl der bewohnten reinen Mietwohnungen mit Mietangaben — in diesem Aufsatz kurz „Mietwohnungen“ genannt —, die die Grundlage der Mietanalyse bildet, betrug 482 233.

Da unter dem Begriff Miete die unterschiedlichsten Kosten einbezogen werden könnten, soll zunächst dargelegt werden, wie dieser Begriff bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 benutzt wurde: Als Miete wird der monatliche Betrag bezeichnet, der mit dem Vermieter für die Überlassung der ganzen Wohnung oder sonstigen Wohneinheit zum Zeitpunkt der Zählung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde. Zur Miete zählen auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinreinigung. Nicht zur Miete rechnen Umlagen für den Betrieb einer Heizung oder Warmwasserversorgung, für eine Garage oder einen Einstellplatz, Zuschläge für Möblierung, Gewerberäume oder untervermietete Räume, Grundgebühren für eine Zentralwaschanlage und dergleichen mehr.

Im Monat Mai des Jahres 1987 wurden in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 496 DM Miete je Wohnung berechnet. Dabei sind in den Kreisen große Streuungen um das Landesmittel zu beobachten: von 435 DM in Neumünster bis 612 DM in Stormarn. Auffallend ist, daß alle kreisfreien Städte unter dem Landesdurchschnitt lagen. Da nicht alle Wohnungen die gleiche Größe besitzen, wird zur besseren Vergleichbarkeit die durchschnittliche Miete je m<sup>2</sup> errechnet. Der Landeswert betrug, wie schon erwähnt, 7,67 DM je m<sup>2</sup>. Damit hat Schleswig-Holstein im Vergleich mit den anderen Bundesländern den nach Hamburg (8,25 DM) zweithöchsten Wert.

In den Kreisen lag der niedrigste Wert in Dithmarschen mit 6,32 DM. Die höchsten Quadratmetermieten hatten die Kreise zu verzeichnen, die an Hamburg grenzen: Stormarn mit 8,88 DM, Pinneberg mit 8,61 DM und Segeberg mit 8,40 DM.

**Durchschnittliche Monatsmiete in bewohnten reinen<sup>1</sup> Mietwohnungen in den Kreisen im Mai 1987 in DM je m<sup>2</sup>**

KREISFREIE STADT Kreis	Insgesamt	Davon	
		öffentlich gefördert <sup>2</sup>	nicht öffentlich gefördert
FLensburg	7,23	7,26	7,22
KIEL	7,72	7,50	7,79
LÜBECK	7,72	7,55	7,80
NEUMÜNSTER	7,21	7,51	7,12
<b>KREISFREIE STÄDTE</b>	<b>7,58</b>	<b>7,49</b>	<b>7,62</b>
Dithmarschen	6,32	6,98	6,13
Hzgt. Lauenburg	7,55	7,42	7,59
Nordfriesland	7,22	7,52	7,15
Ostholstein	7,80	7,73	7,82
Pinneberg	8,61	7,73	8,88
Plön	7,51	7,78	7,43
Rendsburg-Eckernförde	7,16	7,41	7,07
Schleswig-Flensburg	6,66	7,25	6,52
Segeberg	8,40	7,81	8,56
Steinburg	6,74	7,31	6,57
Stormarn	8,88	8,10	9,05
Kreise	7,72	7,59	7,76
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>7,67</b>	<b>7,55</b>	<b>7,71</b>

1) d. h. ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer, berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

2) nur 1. Förderungsweg

**Heißt „öffentliche Förderung“ billiger?**

Als öffentlich (mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus) gefördert gelten nur solche Wohnungen, die nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 fertiggestellt wurden — auch wenn diese in Gebäuden liegen, die vor diesem Stichtag errichtet worden sind — und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen bewilligt wurden — sog. Erster Förderungsweg. Zu den öffentlichen Mitteln zählen unter anderem

- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt),
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Für öffentlich geförderte Wohnungen müssen bei einer Neuvermietung die Mieter einen Wohnberechtigungsschein der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z. B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen.

Nicht zu den öffentlichen Mitteln im obengenannten Sinn zählen

- Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes (sog. Zweiter Förderungsweg),
- Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz,
- Wohnungsfürsorgemittel für öffentlich Bedienstete des Bundes, der Länder oder Gemeinden,
- Mittel zur Förderung der Modernisierung oder für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie,
- Steuervergünstigungen und Bausparprämien.

Am 25. 5. 1987 war in Schleswig-Holstein ungefähr jede vierte Mietwohnung (27 %) eine öffentlich geförderte. Diese Anteile bewegten sich in den Kreisen von 21 % in Stormarn bis 35 % in Lübeck. Beim Vergleich der öffentlich geförderten mit den nicht öffentlich geförder-

ten Mietwohnungen könnte man meinen, daß die öffentlich geförderten billiger sein müßten. Im Landesergebnis wird diese Ansicht zunächst bestätigt. Mit 438 DM je Wohnung waren die öffentlich geförderten Mietwohnungen um 80 DM billiger. In den Kreisergebnissen galt nur Neumünster als Ausnahme (444 DM gegenüber 433 DM). Bezieht man den Vergleich auf die Quadratmetermiete, dann sind im Landesdurchschnitt die öffentlich geförderten Mietwohnungen mit 7,55 DM je m<sup>2</sup> um 16 Pfennige billiger als die nicht öffentlich geförderten. In acht von 15 Kreisen waren aber die nicht öffentlich geförderten sogar billiger als die öffentlich geförderten Mietwohnungen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, daß der Mietendurchschnitt für die nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen durch den großen Anteil von vor 1948 erbauten billigeren Wohnungen nach unten gedrückt wird. Außerdem ist zu beachten, daß die Wohnungsgrößen unterschiedlich sind.

**Anteil der öffentlich geförderten<sup>1</sup> und der nicht öffentlich geförderten an allen bewohnten reinen<sup>2</sup> Mietwohnungen in den Kreisen am 25.5.1987 in %**

KREISFREIE STADT	Öffentlich gefördert <sup>1</sup>	Nicht öffentlich gefördert
Kreis		
FLensburg	26,7	73,3
KIEL	26,9	73,1
LÜBECK	35,0	65,0
NEUMÜNSTER	23,1	76,9
Dithmarschen	27,5	72,5
Hzgt. Lauenburg	29,0	71,0
Nordfriesland	22,3	77,7
Ostholstein	26,7	73,3
Pinneberg	26,3	73,7
Plön	30,1	69,9
Rendsburg-Eckernförde	28,4	71,6
Schleswig-Flesnburg	22,0	78,0
Segeberg	24,9	75,1
Steinburg	25,9	74,1
Stormarn	21,2	78,8
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>27,1</b>	<b>72,9</b>

**Jede 10. Mietwohnung in neuen Gebäuden**

Interessant ist nun das Alter von Gebäuden, in denen es Mietwohnungen gibt. Zunächst werden die Gebäude mit Mietwohnungen in vier Gebäudealtersklassen eingeteilt:

- bis 1948 errichtet
- von 1949 bis 1968 errichtet
- von 1969 bis 1978 errichtet
- 1979 und später errichtet

Die zweite Klasse hatte dabei am 25. 5. 1987 mit 41 % die meisten Mietwohnungen. Nur noch knapp jede dritte Mietwohnung lag in einem Gebäude, das vor 1949 errichtet worden ist (30 %). Der Anteil der Baujahre 1969 bis 1978 betrug 19 %. In einem Gebäude, das nach 1978 errichtet worden war, befand sich jede zehnte (9,6 %) der Mietwohnungen. Diese Altersklassen sind allerdings unterschiedlich breit.

Auffallend sind die geringen Anteile der vor 1949 gebauten Mietwohnungen in den Hamburger Umlandkreisen: 13 % in Segeberg und je 16 % in Stormarn und Pinneberg. Dort sind viele Wohnungen erst mit der Stadt-Umland-Wanderung entstanden. Nur relativ wenige Neubaumietwohnungen, d. h. hier nach 1968 gebaut, gibt es in den kreisfreien Städten und Steinburg.

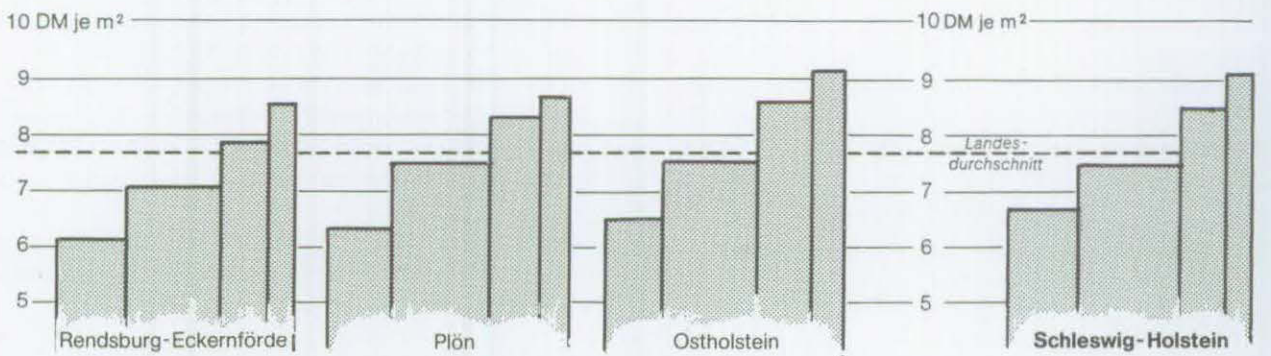
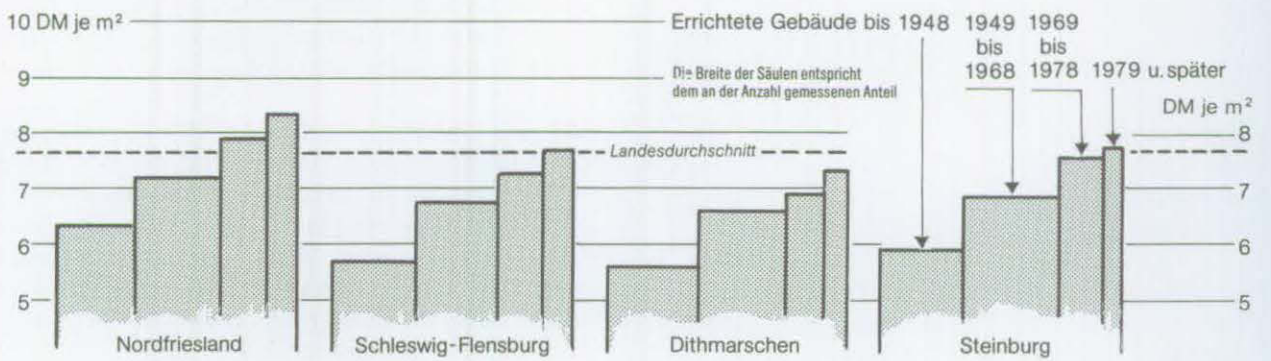
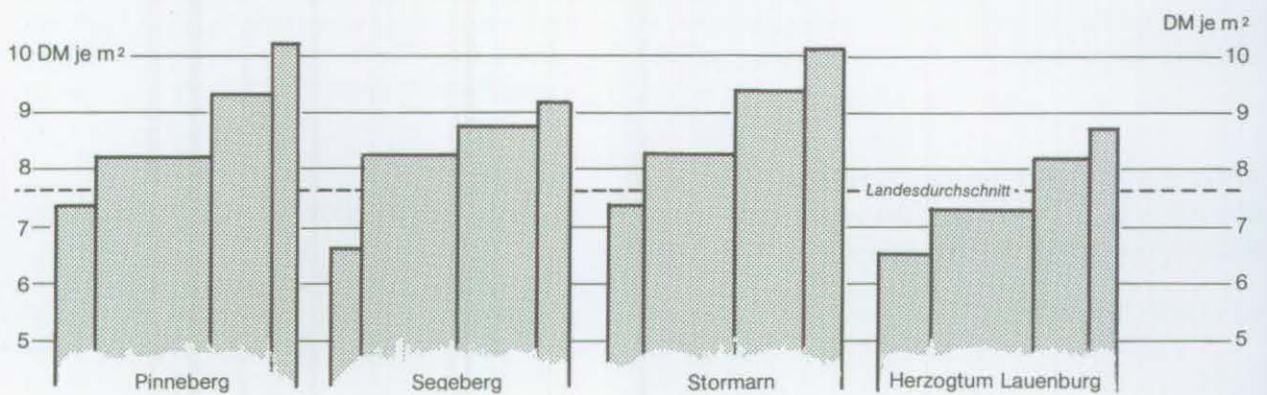
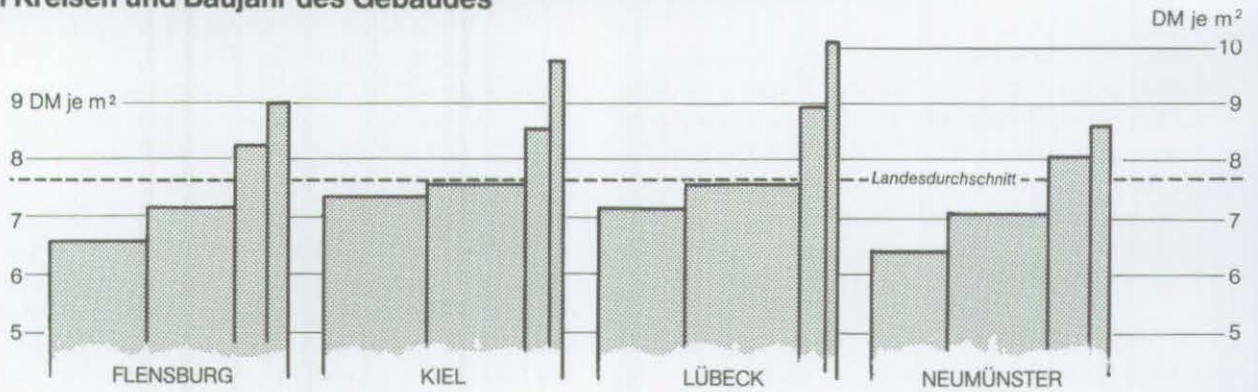
Im folgenden sollen die Mieten je m<sup>2</sup> für Wohnungen nach Gebäudealter und öffentlicher Förderung auf Kreisebene verglichen werden.

Gemessen am Quadratmeterpreis sind — grob gesagt — die Wohnungen umso billiger, je älter sie sind. In-

1) nur 1. Förderungsweg  
 2) d. h. ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer, berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

Miete der bewohnten reinen<sup>1</sup> Mietwohnungen je m<sup>2</sup> Wohnfläche im Mai 1987 nach Kreisen und Baujahr des Gebäudes

D 5928 Stat. LA S-H



1) ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

Schleswig-Holstein lagen im Mai 1987 die Mieten je m<sup>2</sup> in den vier Gebäudealtersklassen zwischen 6,71 DM (dann 7,81 DM und 8,61 DM) und 9,29 DM für nicht öffentlich geförderte Mietwohnungen.

In den Altbauten, bis 1948 gebaut, streuten die Kreisergebnisse der Quadratmetermieten von 5,60 DM in Dithmarschen bis 7,35 DM in Stormarn. Bei den nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen in Gebäuden der Baujahre 1949 bis 1968 lagen die Mieten je m<sup>2</sup> zwischen 6,45 DM in Dithmarschen und 8,74 DM in Pinneberg, während sie in der Gebäudealtersklasse „1969 bis 1978“ zwischen 6,64 DM in Dithmarschen und 9,65 DM in Stormarn lagen. Die frei finanzierten Mietwohnungen in Gebäuden, die 1979 und später errichtet worden sind, waren in Dithmarschen mit 7,15 DM je m<sup>2</sup> am billigsten und in Lübeck mit 10,44 DM je m<sup>2</sup> am teuersten.

Da eine öffentliche Förderung erst nach der Währungsreform 1948 eingeführt worden ist, werden hier nur drei Gebäudealtersklassen betrachtet. In der ältesten dieser Gebäudeklassen betrug der Mietpreis je m<sup>2</sup> 7,23 DM, in der mittleren 8,28 DM und in der jüngsten 8,35 DM im Landesmittel.

Auch in den Kreisen sind die öffentlich geförderten Mietwohnungen, wie bei den nicht öffentlich geförderten auch, umso teurer, je jünger sie sind. Ausnahmen von dieser Regelmäßigkeit sind Lübeck, Nordfriesland und Segeberg jeweils in der Gebäudeklasse „1979 und später“.

### **Schleswig-Holsteins Wohnungen sind sehr gut ausgestattet**

Eine öffentliche Förderung senkt normalerweise den Mietpreis. Doch die Tatsache der Förderung selbst läßt noch keine Aussage über die Höhe der Förderung einerseits und der Mietsenkung andererseits zu. Ebenso ist zu berücksichtigen, daß das Gebäudealter nur bedingt eine Auskunft über die Qualität der darin befindlichen Mietwohnungen gibt. Nachträgliche Verbesserungen wie Sanierungen, Einbauküchen, Badezimmerausbau und Kabelanschluß erhöhen die Mieten in älteren Gebäuden. Aus diesem Grunde werden nun die Mietwohnungen in Schleswig-Holstein auch nach der Ausstattung untersucht.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern besaß Schleswig-Holstein zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 mit 85 % den zweithöchsten Anteil an Wohnungen, die mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet waren. Hierbei ist der gesamte Wohnungsbestand ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Ge-

bäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung gemeint. Damit lag Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 73 %.

Für die Mietwohnungen ergab sich sogar ein Anteil von 86 %. Am 25. 5. 1987 waren in Schleswig-Holstein nur wenige Mietwohnungen ohne WC in der Wohnung (1,8 %) und ohne Bad — aber mit WC — (2,7 %) ausgestattet. In den Kreisen streuten die Anteile der Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung von 82 % in Steinburg bis 93 % in Flensburg. Selbst der niedrigste Anteil in Steinburg muß als relativ hoch beurteilt werden — gemessen am Bundesdurchschnitt. Auffällig ist, daß in Kiel jede 20. Mietwohnung ohne WC ausgestattet war (5,4 %). Hierbei spielt der höchste Anteil (44 %) von Altbauwohnungen (vor 1949) sicherlich die entscheidende Rolle.

Wie variieren nun die Mietpreise nach der Art der Ausstattung? In Schleswig-Holstein lagen die Mieten je m<sup>2</sup> in den Mietwohnungen umso höher, je besser diese ausgestattet waren. Eine Mietwohnung mit Bad, WC und Sammelheizung wies eine durchschnittliche Miete von 7,87 DM je m<sup>2</sup> auf. Ohne die Sammelheizung waren es nur 6,30 DM. Für Mietwohnungen ohne WC mußten 6,17 DM bezahlt werden. Ohne Bad, aber mit WC, ergab sich eine Miete von 5,88 DM je m<sup>2</sup>. Die beiden letztgenannten Mittelwerte wurden unabhängig von der Beheizungsart gerechnet. Die Miethöhe richtet sich nicht nur nach der Ausstattung, sondern auch nach Gebäudealter, öffentlicher Förderung, geographischer Lage, Angebot und Nachfrage in einer Region, etc.

Das regionale Mietengefälle bei den Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung ging von 9,05 DM je m<sup>2</sup> in Stormarn bis 6,49 DM je m<sup>2</sup> in Dithmarschen. Auch bei den Wohnungen ohne Sammelheizung, aber mit Bad und WC, belegten diese beiden Kreise die unterste und oberste Position: Dithmarschen mit 5,52 DM und Stormarn mit 7,24 DM je m<sup>2</sup>. Wohnungen ohne Bad, aber mit WC, ergaben Mieten je m<sup>2</sup> von 4,81 DM in Steinburg bis 6,81 DM in Kiel. Die Wohnungen ohne WC kosteten von 5,09 DM je m<sup>2</sup> in Steinburg bis 6,94 DM in Lübeck.

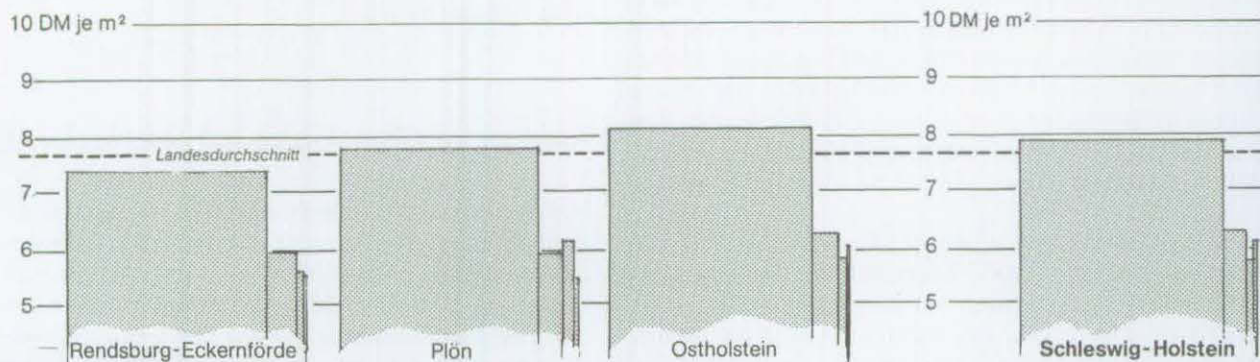
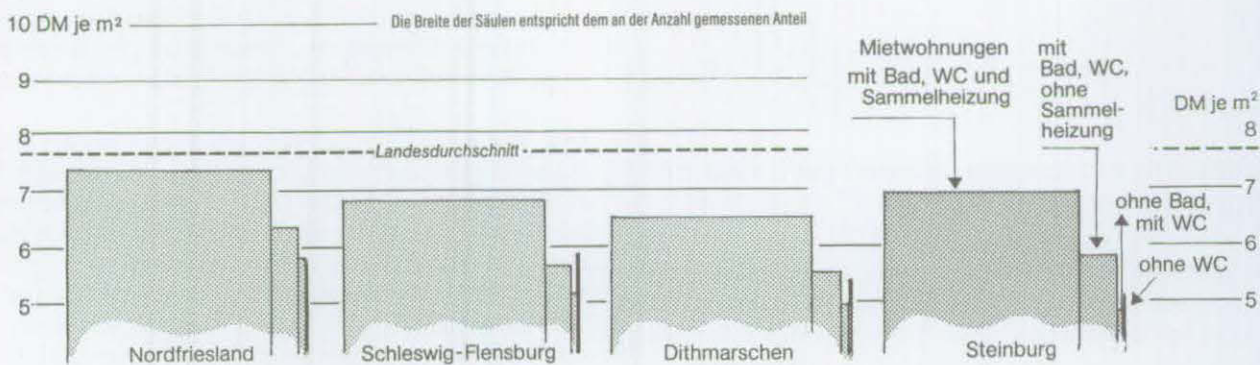
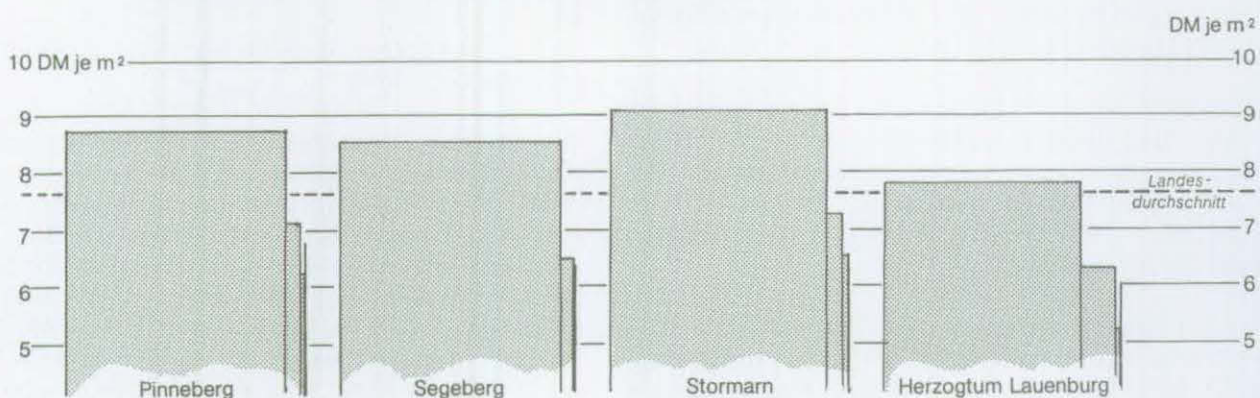
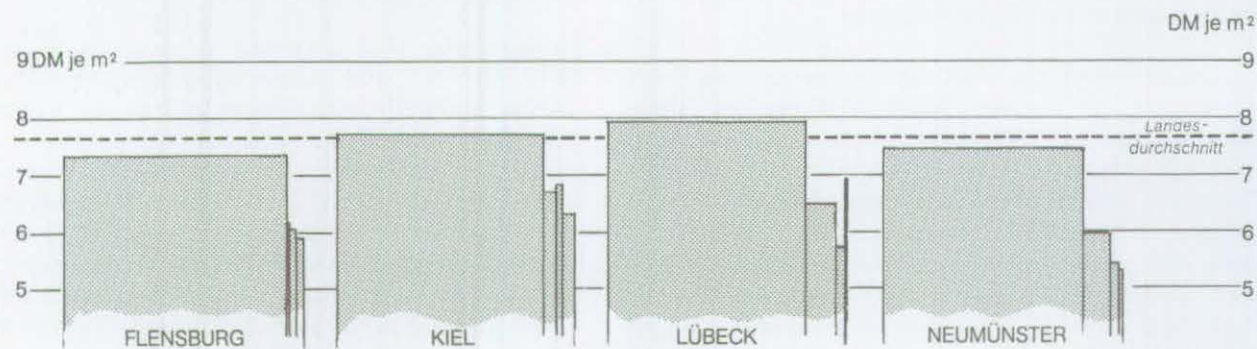
### **Rentner und Pensionäre mit niedrigster Miete**

In diesem Aufsatz sollen die Mieten auch nach der sozialen Stellung der Bezugspersonen untersucht werden. Bezugsperson ist, wer überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt (früher: Haushaltsvorstand). Haushalte werden in Mehrpersonen- und Einpersonenhaushalte gegliedert. Mehrpersonenhaushalte werden durch Personen gebildet, die gemeinsam wohnen und wirt-



Miete der bewohnten reinen<sup>1</sup> Mietwohnungen je m<sup>2</sup> Wohnfläche im Mai 1987 nach Kreisen und Ausstattung des Gebäudes

D 5929 Stat. LA S-H



1) ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftwohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

## Haushalte in Mietwohnungen<sup>1</sup> und ihre Miete nach der sozialen Stellung der Bezugsperson<sup>2</sup>

Soziale Stellung	Anteil an allen Haushalten in %	Durchschnittliche Miete je Haushalt in DM
Selbständige, Beamte, Angestellte	34,1	575
Arbeiter	22,6	486
Nichterwerbstätige (ohne Rentner/Pensionäre)	10,6	436
Rentner/Pensionäre	29,3	412
Ausländer	3,5	488
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>489</b>

- 1) Nur Wohnungen, die von nur einem Haushalt belegt sind, ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohneinheiten, für die keine Angaben zum Haushalt/zur Person vorliegen, ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte  
 2) Bezugsperson ist die Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt

schaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt (Einpersonenhaushalt), und zwar auch dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung hat. Hier werden aber nur die Wohnungen betrachtet, die von nur einem Haushalt belegt sind.

Bei der Betrachtung der Haushalte in Mietwohnungen werden die Bezugspersonen nach der sozialen Stellung wie folgt eingeteilt:

- Selbständige, Beamte, Angestellte
- Arbeiter
- Nichterwerbstätige (ohne Rentner/Pensionäre)
- Rentner/Pensionäre
- Ausländer

Die zuerst aufgeführte Gruppe verzeichnete einen Anteil von 34 % an den Bezugspersonen. Auch der Anteil der Rentner und Pensionäre an den Bezugspersonen ist mit 29 % hoch. Fast jeder dritte Haushalt in einer Mietwohnung war ein Rentner- oder Pensionärs-haushalt. Sehr häufig (jeder zweite) waren es Einpersonenhaushalte. Den niedrigsten Anteil an den Bezugspersonen hatten die Ausländer mit 3,5 %.

Von den Bezugspersonen — nach der sozialen Stellung gegliedert — bezahlten die Rentner und Pensionäre mit 412 DM im Durchschnitt die niedrigste Miete je Wohnung. Am meisten — nämlich 575 DM — gaben im Durchschnitt die Selbständigen, Beamten und Angestellten für die Miete im Mai 1987 in Schleswig-Holstein aus.

Da in diesem Falle die Quadratmetermieten nicht vorliegen und sich die Haushalte und die Wohnungen der Größe nach unterscheiden, können Aussagen über die Kosten des Wohnens nach sozialer Stellung der Bezugspersonen nur eingeschränkt getroffen werden.

### Hohe Mieten auf den nordfriesischen Inseln

Bisher wurden die Durchschnittsmieten auf Kreis- bzw. Landesebene miteinander verglichen. Doch die Streuung um einen Durchschnittswert kann sehr unterschiedlich sein. Deshalb wurden die Mietwohnungen in sieben Mietpreisklassen eingeteilt (jeweils in DM je m<sup>2</sup>):

- I unter 2,50
- II von 2,50 bis unter 5,00
- III von 5,00 bis unter 7,50
- IV von 7,50 bis unter 10,00
- V von 10,00 bis unter 12,00
- VI von 12,00 bis unter 15,00
- VII 15,00 und mehr

In der Klasse III lagen im Mai 1987 38 % und in der Klasse IV 35 % aller Mieten. Da sich die durchschnittlichen Mieten in den Kreisen von 6,32 DM in Dithmarschen bis 8,88 DM je m<sup>2</sup> in Stormarn bewegten, streuten die Mieten also nur relativ gering um den Durchschnitt. Jede dritte Wohnung (34 %) in Stormarn kostete mindestens 10 DM je m<sup>2</sup>. Wie auch im Land hatten die Klassen III und IV in den Kreisen die höchsten Anteile.

**Bewohnte reine<sup>1</sup> Mietwohnungen mit Mietangabe nach der Größenklasse der Miete im Mai 1987 in %**

Monatsmiete je m <sup>2</sup> von ... bis unter ... DM	Kreisfreie Städte	Kreise	Schleswig- Holstein
Unter 2,50	0,4	1,1	0,8
2,50 bis unter 5,00	7,0	9,1	8,3
5,00 " " 7,50	42,0	36,0	38,4
7,50 " " 10,00	36,3	34,0	34,9
10,00 " " 12,00	9,9	13,0	11,8
12,00 " " 15,00	3,2	5,3	4,5
15,00 und mehr	1,2	1,4	1,3
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) d. h. ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftswohnungen, Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer, berufskonsularischer Vertretungen sowie ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen

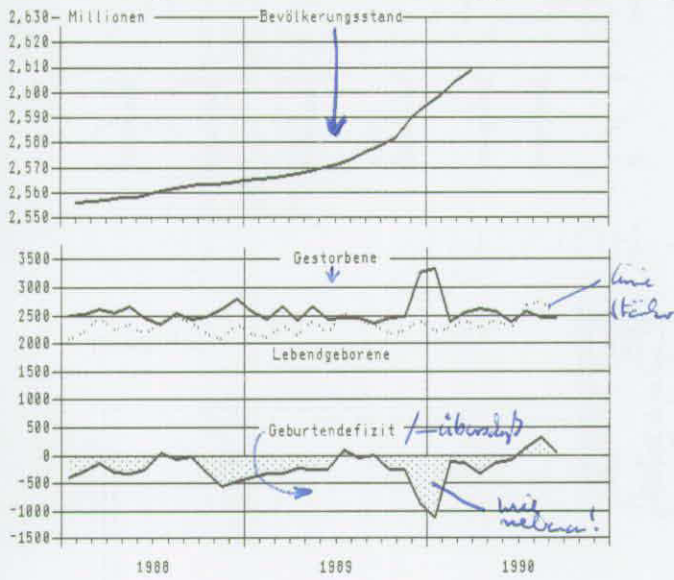
Die Mietpreisklassen I und VII hatten in Schleswig-Holstein nur eine geringe Bedeutung (0,8 % und 1,3 %). Eine Ausnahme bildet Nordfriesland, wo immerhin noch ungefähr jede 23. Mietwohnung (4,4 %) einen Preis von 15 DM und mehr je m<sup>2</sup> hatte. Reiht man die Gemeinden mit mehr als 50 Mietwohnungen nach der Durchschnittsmiete aller Wohnungen je m<sup>2</sup>, dann belegen die ersten drei Plätze Gemeinden aus Nordfriesland, nämlich die Inselgemeinden Wittdün, Wenningstedt und Sylt-Ost.

Besonders die an Hamburg grenzenden Kreise Stormarn, Segeberg und Pinneberg hatten überdurchschnittliche Mieten zu verzeichnen. In diesen drei Kreisen kostete fast jede dritte Wohnung (30 %) mindestens 10 DM, im Land 18 %. Das mangelnde Angebot in Hamburg und das Ausweichen der Nachfrage auf die Umgebung der Hansestadt spielen eine wichtige Rolle. Die große Bedeutung Hamburgs für Schleswig-Holstein ist auch in diesem Falle offenbar geworden.

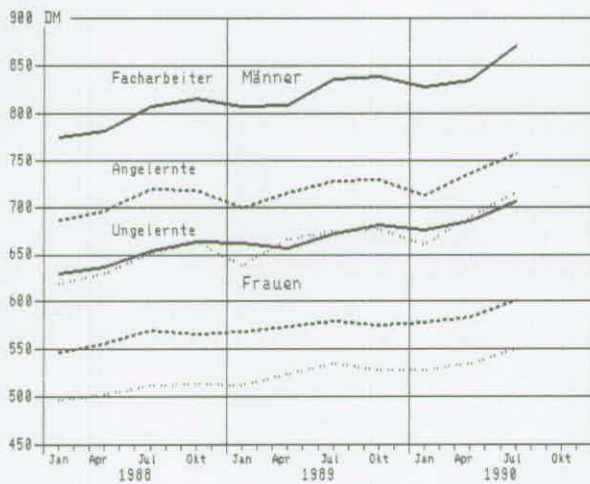
Thomas Borck

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsveränderung

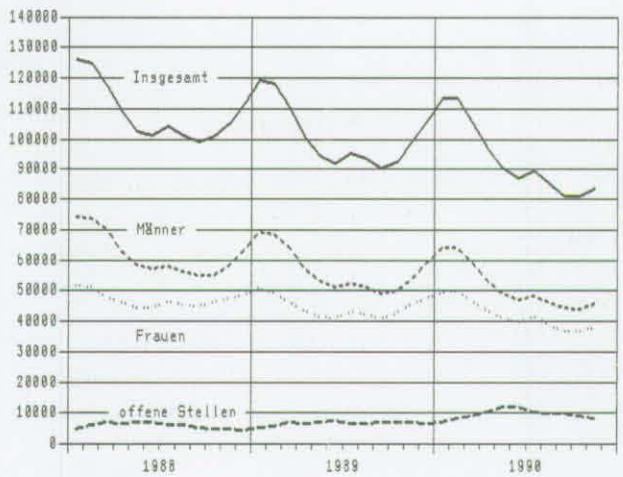
D.5867-A Stat. LA S-H



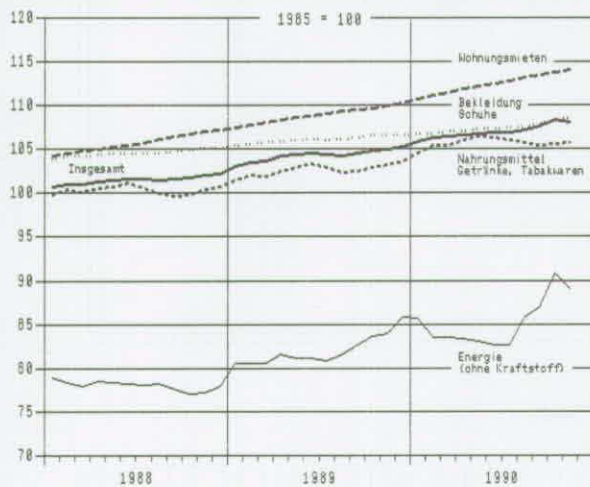
Bruttowochenverdienste



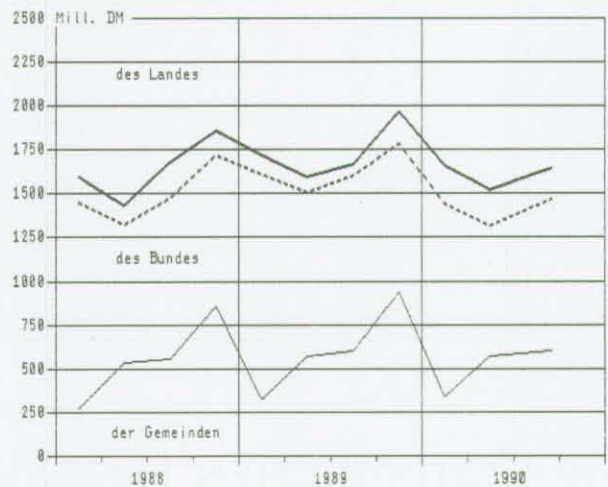
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Januar 1949

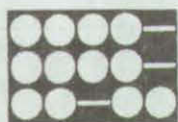
1. Jahrgang



### INHALT

Seite	Seite
Vorbemerkung . . . . . 1	Erste Ergebnisse der Schulstatistik 1948 . . . . . 15
Das Aufkommen an Reichsteuern im Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und anderen Ländern . . . . . 2	Die Witterung in Schleswig-Holstein im Dezember 1948 . 18
Die Wanderungsbewegung in Schleswig-Holstein in den Monaten Juni bis Oktober 1948 10	Übersicht über den Inhalt der bisherigen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts . 19
Statistische Monatszahlen . . . 21	

Herausgegeben vom  
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



## *Zahlenbeilage*

---

<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

# *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein*

# Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>					
		November 1990		Januar bis November 1990	
Beschäftigte	1 000	181	+ 5,2	177	+ 4,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	18	+ 6,7	16	+ 4,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	902	+ 8,0	688	+ 9,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 411	+ 18,2	3 769	+ 11,4
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 466	+ 20,9	2 924	+ 13,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	944	+ 9,4	846	+ 3,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 691	- 17,1	2 233	- 2,7
aus dem Inland	Mill. DM	1 565	+ 1,7	1 500	+ 4,2
aus dem Ausland	Mill. DM	1 126	- 34,0	733	- 14,3
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	.	.
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>2)</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	43	+ 6,6	42	+ 5,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 4,1	5	+ 5,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	199	+ 21,2	133	+ 13,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	609	+ 17,8	453	+ 18,1
Auftragseingang <sup>3)</sup>	Mill. DM	254	+ 5,4	282	+ 18,1
<b>BAUGENEHMIGUNGEN<sup>4)</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	954	+ 62,2	1 002	+ 51,6
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	568	+ 39,6	591	+ 5,3
<b>EINZELHANDEL</b>					
		Oktober 1990		Januar bis Oktober 1990	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	136,9	+ 17,7	125,8	+ 11,8
<b>GASTGEWERBE</b>					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	114,1	+ 9,1	121,0	+ 5,3
<b>FREMDENERKEHR<sup>5)</sup></b>					
Ankünfte	1 000	348	+ 13,4	343	+ 9,8
Übernachtungen	1 000	1 544	+ 15,2	1 811	+ 9,7
<b>ARBEITSMARKT</b>					
		November 1990		Januar bis November 1990	
Arbeitslose	Anzahl	83 545	- 15,8	94 302	- 6,7
<b>AUSSENHANDEL</b>					
		September 1990		Januar bis September 1990	
Ausfuhr	Mill. DM	760,5	- 23,8	989,9	- 4,8
<b>KREDITE (Bestand am Monatsende)<sup>6)</sup></b>					
		Oktober 1990		Januar bis Oktober 1990	
kurzfristige Kredite	Mill. DM	10 163	+ 8,5	9 931	+ 10,3
mittel- und langfristige Kredite <sup>7)</sup>	Mill. DM	52 816	+ 2,3	52 306	+ 2,8

## Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1989	Dez. 1989	Jan. 1990	Febr. 1990	März 1990	April 1990	Mai 1990	Juni 1990	Juli 1990	Aug. 1990	Sept. 1990	Okt. 1990	Nov. 1990
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>														
Beschäftigte	Land	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,6	+ 4,5	+ 4,7	+ 5,0	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,2
	Bund	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	p+ 2,8	...	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 0,3	- 1,8	+ 1,3	+ 4,4	+ 8,0	- 0,0	+ 9,0	+ 1,5	+ 2,6	+ 8,0	+ 4,9	+ 6,2	+ 6,7
	Bund	+ 0,5	- 3,2	+ 1,7	+ 2,3	+ 4,9	- 2,8	+ 10,2	- 6,3	+ 4,6	+ 2,7	p- 0,3	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 5,7	+ 4,5	+ 8,7	+ 6,7	+ 7,1	+ 8,0	+ 10,7	+ 11,4	+ 13,2	+ 9,9	+ 11,1	+ 12,9	+ 8,0
	Bund	+ 5,1	+ 2,9	+ 8,8	+ 7,1	+ 5,4	+ 6,9	+ 9,9	+ 7,8	+ 8,4	+ 7,7	p+ 6,5	...	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 6,9	- 3,7	+ 7,0	+ 13,2	+ 8,3	+ 7,3	+ 4,4	+ 6,2	+ 12,8	+ 21,3	+ 11,9	+ 14,4	+ 18,2
	Bund	+ 8,4	+ 5,6	+ 10,7	+ 6,8	+ 9,6	- 1,8	+ 14,2	- 2,5	+ 10,3	+ 8,9	p+ 5,6	...	...
Inlandsumsatz	Land	+ 6,9	+ 0,3	+ 7,2	+ 12,2	+ 8,1	+ 6,1	+ 5,0	+ 9,3	+ 18,8	+ 23,3	+ 21,3	+ 19,4	+ 20,9
	Bund	+ 7,5	+ 6,7	+ 11,1	+ 8,1	+ 9,5	- 1,8	+ 15,0	- 0,2	+ 13,5	+ 12,9	p+ 9,0	...	...
Auslandsumsatz	Land	+ 6,7	- 15,5	+ 6,6	+ 16,5	+ 8,9	+ 10,9	+ 2,4	- 3,0	- 6,2	+ 14,0	- 14,0	- 0,7	+ 9,4
	Bund	+ 10,4	+ 3,1	+ 9,8	+ 4,1	+ 9,8	- 1,6	+ 12,6	- 7,3	+ 2,9	- 0,5	p- 2,3	...	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 15,2	+ 3,9	- 8,9	+ 1,8	+ 23,5	- 0,5	+ 21,0	- 20,7	+ 5,6	- 12,6	- 2,0	- 3,5	- 17,1
	Bund	+ 11,1	+ 3,4	+ 7,7	+ 5,0	+ 7,9	- 2,8	+ 12,4	- 5,2	+ 10,3	+ 11,7	+ 6,3	...	...
aus dem Inland	Land	+ 16,0	+ 8,0	- 8,5	+ 3,9	+ 5,8	+ 3,3	+ 31,4	- 23,1	+ 11,5	- 1,2	+ 26,4	+ 6,5	+ 1,7
	Bund	+ 10,8	+ 4,1	+ 8,6	+ 5,7	+ 3,7	- 1,8	+ 17,1	- 3,3	+ 14,3	p+ 20,3	+ 10,6	...	...
aus dem Ausland	Land	+ 15,5	- 4,0	- 9,7	- 2,1	+ 55,9	- 7,8	+ 0,1	- 15,0	- 6,7	- 31,4	- 37,6	- 23,5	- 34,0
	Bund	+ 11,5	+ 2,3	+ 6,3	+ 3,8	+ 15,1	- 4,4	+ 4,9	- 8,5	+ 3,4	p- 2,8	- 1,1	...	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 6,3	-----	'-----	+ 4,9	-----	'-----	+ 3,5	-----	'-----	+ 24,2	-----	'-----	...
	Bund	- 0,7	-----	'-----	- 0,1	-----	'-----	- 1,5	-----	'-----	...	-----	'-----	...
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>2)</sup></b>														
Beschäftigte	Land	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,4	+ 6,3	+ 5,4	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,9	+ 6,2	+ 6,6
	Bund	+ 0,3	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	p+ 1,7	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 1,8	- 1,8	- 4,3	+ 0,9	+ 17,5	+ 4,0	+ 14,6	- 3,1	+ 7,2	+ 8,9	- 2,6	+ 10,0	+ 4,1
	Bund	+ 1,7	- 5,8	- 0,9	+ 3,0	+ 10,3	- 2,7	+ 13,1	- 11,5	+ 6,9	- 2,6	p- 3,5	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 4,7	+ 1,3	+ 6,8	+ 4,8	+ 11,6	+ 18,3	+ 15,1	+ 8,4	+ 16,2	+ 12,4	+ 7,5	+ 18,0	+ 21,2
	Bund	+ 5,3	+ 0,4	+ 6,9	+ 7,2	+ 7,8	+ 11,4	+ 10,9	+ 5,0	+ 11,9	+ 6,7	p+ 5,5	...	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 7,5	+ 0,9	- 0,3	+ 4,7	+ 17,9	+ 24,6	+ 28,6	+ 7,1	+ 21,7	+ 34,1	+ 13,6	+ 20,9	+ 17,8
	Bund	+ 7,5	+ 2,5	+ 9,1	+ 11,9	+ 13,2	+ 10,0	+ 24,4	+ 1,9	+ 13,1	+ 12,0	...	...	...
Auftragseingang <sup>3)</sup>	Land	+ 5,5	+ 16,9	+ 7,6	+ 39,6	+ 28,3	+ 49,7	+ 6,6	+ 12,3	+ 7,3	+ 18,2	+ 23,5	+ 22,9	+ 5,4
	Bund	+ 13,9	+ 24,1	+ 29,0	+ 29,4	+ 20,9	+ 8,4	+ 15,4	+ 11,7	+ 11,6	+ 9,0	p+ 8,6	...	...
<b>BAUGENEHMIGUNGEN<sup>4)</sup></b>														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 12,6	+ 12,6	+ 61,2	+ 63,4	+ 85,5	+ 30,3	+ 85,4	+ 9,8	+ 54,5	+ 42,5	+ 61,9	+ 37,3	+ 62,2
	Bund	+ 29,5	+ 65,4	+ 52,2	+ 39,8	+ 61,6	+ 38,2	+ 40,2	+ 33,4	+ 33,0	...	...	...	...
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 8,2	+ 8,2	+ 102,4	+ 33,5	+ 39,0	+ 9,7	+ 81,2	- 25,8	+ 11,2	- 46,2	- 33,3	+ 17,7	+ 39,6
	Bund	+ 12,6	+ 48,2	+ 35,5	+ 5,0	+ 40,8	+ 3,4	+ 3,1	- 7,0	+ 2,4	...	...	...	...
<b>EINZELHANDEL</b>														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 5,4	p+ 3,4	p+ 9,6	p+ 7,7	p+ 6,0	p+ 10,4	p+ 9,7	p+ 7,2	p+ 18,6	p+ 20,1	p+ 10,4	p+ 17,7	...
	Bund	+ 4,8	p+ 1,5	p+ 8,5	p+ 7,3	p+ 7,0	p+ 6,9	p+ 11,6	p+ 3,9	p+ 16,9	p+ 15,4	p+ 11,5	p+ 14,8	...
<b>GASTGEWERBE</b>														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 4,1	p+ 8,7	p+ 2,4	p+ 4,1	p- 6,5	p+ 15,4	p- 1,2	p+ 8,6	p+ 4,2	p+ 10,0	p+ 4,6	p+ 9,1	...
	Bund	+ 4,0	p+ 3,3	p+ 3,3	p+ 6,2	p+ 2,6	p+ 4,2	p+ 7,1	p+ 5,1	p+ 5,1	p+ 7,4	p+ 3,3	...	...
<b>FREMDEVERKEHR<sup>5)</sup></b>														
Ankünfte	Land	+ 8,0	+ 17,5	+ 7,7	+ 11,9	- 9,8	+ 22,9	p+ 3,8	p+ 14,3	p+ 2,8	p+ 12,6	p+ 9,0	+ 13,4	...
	Bund	...	+ 12,3	+ 6,8	+ 3,6	+ 5,4	+ 3,1	+ 10,4	+ 7,8	+ 7,3	+ 8,0	...	...	...
Übernachtungen	Land	+ 2,7	+ 13,4	+ 1,8	+ 10,9	- 24,0	+ 39,6	p+ 2,7	p+ 18,5	p+ 4,6	p+ 5,4	p+ 10,8	+ 15,2	...
	Bund	...	+ 7,6	+ 1,7	- 0,2	- 4,8	+ 12,9	+ 5,1	+ 9,1	+ 3,4	+ 3,0	...	...	...
<b>ARBEITSMARKT</b>														
Arbeitslose	Land	- 7,0	- 4,9	- 4,9	- 3,6	- 4,3	- 3,8	- 4,6	- 5,7	- 6,3	- 8,9	- 10,0	- 12,7	- 15,8
	Bund	- 9,1	- 6,3	- 6,1	- 6,6	- 7,6	- 5,9	- 6,4	- 5,6	+ 5,5	- 6,6	- 8,1	- 9,9	- 13,6
<b>AUSSENHANDEL</b>														
Ausfuhr	Land	+ 13,2	- 1,4	- 15,0	+ 16,8	+ 1,4	- 0,1	+ 13,3	- 21,8	- 4,7	+ 0,7	- 23,8	...	...
	Bund	+ 12,9	- 4,0	+ 10,9	+ 3,3	+ 10,5	- 1,9	+ 9,3	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	- 8,5	...	...
<b>KREDITE (Bestand am Monatsende)<sup>6)</sup></b>														
kurzfristige Kredite	Land	+ 3,6	+ 6,8	+ 10,2	+ 11,3	+ 12,7	+ 11,2	+ 10,5	+ 12,5	+ 8,9	+ 9,6	+ 8,1	+ 8,5	...
	Bund	+ 8,3	+ 10,6	+ 12,3	+ 12,2	...	...	...	...	...	...	...	...	...
mittel- und langfristige Kredite <sup>7)</sup>	Land	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,3	...
	Bund	+ 5,9	+ 6,9	+ 7,1	+ 7,3	...	...	...	...	...	...	...	...	...

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II I

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

6) Land: an inländische Unternehmen und Private

Bund: an in- und ausländische Unternehmen und Private } ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

Bund: Bundesrepublik Deutschland vor dem 3. 10. 1990



# Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1)</sup>						
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492	
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518	
1987 <sup>a</sup>	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511	
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505	
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup>				
	Schüler im September in			von 100 Schülern erreichten						in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	63 993	2,5	55 218	0,2	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 584	5,6	56 806	2,9	95
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 484	2,8	57 313	0,9	94
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 670	4,6	59 053	3,0	93
1989	133	12	48	62	2	.	.	.	.	76 042	4,6	60 034	1,7	91

Jahr	Landwirtschaft											
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung <sup>5)</sup>			Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>4)</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben	
insgesamt	darunter Milchkühe <sup>3)</sup>											
1985	1 592	526	1 743	2 995	549	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776	
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769	
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494	
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757	
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	1 342	141	753	

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>6)</sup>										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom <sup>7)</sup>
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM			1 000 t SKE <sup>8)</sup>			
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	199	3 945	2 749	35 650	7 867	180	965	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 299	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	354	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40

1) Ergebnis der Volkszählung

2) ab 1987 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

# Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>3)</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslands-gäste	insgesamt	von Auslands-gästen
1985	8	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 133 <sup>a)</sup>	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 141	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	...	...	12 555 <sup>b)</sup>	6 169 <sup>b)</sup>	1 898 <sup>b)</sup>	10 337 <sup>b)</sup>	3 448	444	17 650	866

Jahr	Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Spar-einlagen <sup>6)</sup> am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer fürsorge Aufwand in Mill. DM
	insgesamt in 1 000	Kraft-räder	Pkw <sup>5)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte	Hilfe zum Lebensunterhalt					
								insgesamt Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000		
												in 1 000	
1985	1 265	54	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 <sup>c)</sup>	66,9	
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7	
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7	
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	...	82,8	

Jahr	Steuern						Fundierte Schulden					
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-märkte
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter									
	Erzeugerpreise <sup>8)</sup>		für Wohn-gebäude 1980 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	Industriearbeiter <sup>9)</sup>				Angestellte in Industrie 9) und Handel				öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100			insgesamt	Nahrungs-mittel, Getränke, Tabakwaren	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt <sup>10)</sup>			
							Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
1985	100,0	100,0	114,5	100,0	100,0	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530		
1986	97,5	94,3	116,2	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616		
1987	95,1	91,7	118,6	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703		
1988	96,3	91,8	121,2	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767		
1989	99,3	99,8	125,5	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805		

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind  
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987 b) vorläufige Ergebnisse c) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1988	1989	1989			1990				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 560	2 574	2 578	2 582	2 590	...	...	...	...	
<b>NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG</b>											
Eheschließungen	Anzahl	1 439	1 437	2 031	1 343	932	2 418	1 835	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	6,7	9,6	6,1	4,4	...	...	...	...	
Lebendgeborene	Anzahl	2 276	2 281	2 337	2 180	2 226	2 756	2 478	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	10,6	11,0	10,0	10,5	...	...	...	...	
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 535	2 546	2 348	2 449	2 478	2 449	2 445	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	11,9	11,1	11,2	11,7	...	...	...	...	
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	15	16	15	12	13	13	...	...	
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	6,6	6,8	6,9	5,4	4,7	5,2	...	...	
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 259	- 264	- 11	- 269	- 252	+ 307	+ 33	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	- 1,2	- 0,1	- 1,2	- 1,2	...	...	...	...	
<b>WANDERUNGEN</b>											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 671	7 672	8 123	9 719	13 042	...	...	...	...	
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 638	4 904	5 746	6 038	5 148	...	...	...	...	
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 033	+ 2 768	+ 2 377	+ 3 681	+ 7 894	...	...	...	...	
innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	8 977	9 121	9 814	10 064	10 205	...	...	...	...	
Wanderungsfälle	Anzahl	19 286	21 697	23 683	25 821	28 395	...	...	...	...	
<b>ARBEITSLAGE</b>											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	101	90	92	99	85	81	81	84	
darunter Männer	1 000	61	57	49	50	54	46	44	44	46	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	8,2	6,5	1,5	1,8	3,2	0,6	0,7	0,8	1,3	
darunter Männer	1 000	7,2	5,8	1,2	1,4	2,7	0,5	0,6	0,7	1,2	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,7	6,5	7,0	7,0	6,9	9,6	9,7	8,9	8,1	
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>											
<b>VIHBESTAND</b>											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 481 <sup>a</sup>	1 491 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.	
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	481 <sup>a</sup>	480 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.	
Schweine	1 000	1 540 <sup>a</sup>	1 451 <sup>a</sup>	.	.	.	1 497	.	.	.	
darunter Zuchtsauen	1 000	151 <sup>a</sup>	144 <sup>a</sup>	.	.	.	145	.	.	.	
darunter trächtig	1 000	103 <sup>a</sup>	99 <sup>a</sup>	.	.	.	100	.	.	.	
<b>SCHLACHTUNGEN<sup>2)</sup></b>											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	43	41	43	64	59	55	62	79	71	
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Schweine	1 000 St.	212	189	177	189	191	242	203	226	227	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	2	1	1	1	2	1	1	1	2	
<b>SCHLACHTMENGEN<sup>3)</sup> AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN<sup>2)</sup></b>											
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,9	29,0	29,1	37,6	35,0	38,9	37,7	44,5	41,5	
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,0	12,7	13,8	21,0	18,4	17,0	19,3	23,9	20,7	
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	17,6	16,0	14,9	16,2	16,3	21,6	18,0	20,1	20,1	
<b>DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für<sup>2)</sup></b>											
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	312	320	329	315	308	311	303	296	
Kälber	kg	127	131	134	136	135	130	109	120	123	
Schweine	kg	84	85	85	86	86	89	89	89	89	
<b>GEFLÜGEL</b>											
Eingelegte Bruteier <sup>4)</sup>	für Legehennenküken	1 000	98	99	.	.	.	.	.	.	
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	
Geflügelfleisch <sup>5)</sup>	1 000 kg	121	77	.	.	.	.	.	.	.	
<b>MILCHERZEUGUNG</b>											
	1 000 t	198	201	193	199	187	194	185	190	183	
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	92	93	94	94	92	93	94	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,7	13,4	13,4	12,9	13,0	12,8	12,7	12,7	

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1988	1989	1989			1990			
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.
<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>										
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	169	171	172	172	180	181	182	181
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	114	116	116	116	121	122	123	123
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 433	15 483	15 797	16 494	15 577	16 299	16 570	17 519	17 688
Lohnsumme	Mill. DM	344,4	360,4	351,6	360,0	471,4	409,3	391,6	413,1	514,3
Gehaltssumme	Mill. DM	252,4	270,4	257,9	259,1	363,4	284,3	285,7	285,7	387,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 956	2 274	2 524	2 391	3 246	2 042	2 473	2 308	2 691
aus dem Inland	Mill. DM	1 238	1 437	1 404	1 596	1 538	1 435	1 775	1 700	1 565
aus dem Ausland	Mill. DM	718	837	1 120	795	1 708	606	699	608	1 126
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 194	3 414	3 639	3 846	3 731	3 838	4 074	4 400	4 411
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 427	2 595	2 678	2 889	2 868	3 042	3 247	3 451	3 466
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	819	961	956	863	796	827	949	944
Kohleverbrauch <sup>2)</sup>	1 000 t SKE	14	15	.	.	.	.	.	.	.
Gasverbrauch <sup>3)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	45,4	47,0	.	.	.	.	.	.	.
Stadt- und Kokereigas	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Erd- und Erdölgas	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Heizölverbrauch <sup>4)</sup>	1 000 t	75	63	.	.	.	.	.	.	.
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	.	.	.	.	.	.	.
schweres Heizöl	1 000 t	67	56	.	.	.	.	.	.	.
Stromverbrauch <sup>5)</sup>	Mill. kWh	272	281	287	310	306	303	304	324	327
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	34	34	42	43	32	27	44	44
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe <sup>6)</sup>	1980 = 100	113,0	115,3	112,8	119,9	126,7	.	.	.	.
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>7)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 301	39 744	40 781	40 540	40 392	42 932	43 183	43 065	43 047
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 262	4 382	4 981	5 126	4 863	5 334	4 852	5 641	5 061
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 593	1 623	1 771	1 841	1 745	2 071	1 890	2 160	1 943
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 071	1 181	1 324	1 377	1 353	1 332	1 214	1 416	1 339
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 522	1 493	1 763	1 807	1 680	1 764	1 592	1 829	1 604
Lohnsumme	Mill. DM	91,8	97,2	102,9	105,4	136,2	123,5	109,7	125,3	164,2
Gehaltssumme	Mill. DM	18,6	19,3	18,4	18,6	27,8	21,0	20,6	21,0	34,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	359,5	390,8	445,1	462,5	517,2	545,5	505,6	559,3	609,3
Auftragseingang <sup>8)</sup>	Mill. DM	224,2	236,4	273,7	262,0	240,5	310,5	338,1	322,1	253,6
<b>AUSBAUGEWERBE<sup>9)</sup></b>										
Beschäftigte	Anzahl	7 134	7 542	7 623	8 289	8 263	8 394	8 449	8 929	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	848	896	894	1 042	1 032	1 016	960	1 136	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	21,6	20,8	23,4	28,6	27,6	24,1	27,8	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	57,5	64,0	65,2	75,1	87,4	73,0	76,6	92,2	...
<b>ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG<sup>10)</sup></b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 299	2 185	1 482	2 010	2 401	1 747	...	...	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	939	944	872	983	1 040	904	...	...	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>HANDWERK</b>										
<b>HANDWERK (Meßzahlen)<sup>11)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	99,0	101,2	102,8	.	.	.	106,6	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	150,5	159,2	163,4	.	.	.	200,8	.	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m<sup>3</sup> Gas (H<sub>0</sub> = 35,169 MJ/m<sup>3</sup>) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1988	1989	1989			1990				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>											
<b>BAUGENEHMIGUNGEN</b>											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	435	440	422	492	372	509	495	508	418	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	386	373	351	418	312	395	403	422	303	
2 Wohnungen	Anzahl	33	40	38	37	38	59	53	45	42	
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	319	353	336	394	297	501	520	503	420	
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	56	63	62	71	55	91	93	92	79	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	113	114	128	101	150	132	124	91	
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	515	557	864	520	407	626	576	612	568	
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	86	90	125	98	73	105	104	98	81	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	634	730	754	836	677	1 396	1 299	1 204	1 101	
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>											
<b>AUSFUHR</b>											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	923,9	1 046,3	998,3	1 171,3	1 026,9	968,0	760,5	...	...	
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	150,8	184,9	178,4	218,7	175,9	150,5	109,7	...	...	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	773,2	861,4	819,9	952,5	851,0	817,5	650,8	...	...	
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	13,2	16,2	14,0	21,2	17,8	11,7	13,2	...	...	
Halbwaren	Mill. DM	54,8	64,6	59,6	68,3	72,3	63,1	56,7	...	...	
Fertigwaren	Mill. DM	705,2	780,6	746,3	863,1	760,9	742,7	580,9	...	...	
davon											
Vorerzeugnisse	Mill. DM	124,0	125,7	119,5	134,8	135,9	123,6	106,4	...	...	
Enderzeugnisse	Mill. DM	581,2	654,9	626,7	728,3	625,0	619,1	474,5	...	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	457,6	514,1	485,5	559,8	577,2	512,8	431,8	...	...	
darunter Niederlande	Mill. DM	85,9	104,7	94,3	127,0	131,3	101,6	82,1	...	...	
Frankreich	Mill. DM	83,3	93,4	90,7	90,9	103,8	98,4	64,4	...	...	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	78,9	84,5	76,6	99,9	91,5	77,7	58,8	...	...	
Dänemark	Mill. DM	77,5	74,5	77,2	85,7	76,6	82,9	95,8	...	...	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	110,2	p 116,2	p 111,8	p 116,3	p 124,8	p 138,8	p 123,4	p 136,9	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	106,9	p 111,3	p 128,2	p 104,6	p 87,8	p 168,3	p 134,1	p 114,1	...	
<b>FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)</b>											
Ankünfte	1 000	266	287	381	307	180	p 500	p 416	p 348	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	37	40	34	28	p 69	p 46	p 40	...	
Übernachtungen	1 000	1 432	1 471	2 002	1 340	634	p 3 253	p 2 217	p 1 544	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	72	77	70	55	p 131	p 92	p 78	...	
<b>VERKEHR</b>											
<b>SEESCHIFFFAHRT<sup>1)</sup></b>											
Güterempfang	1 000 t	1 450	1 490	1 620	1 755	1 690	...	...	...	...	
Güterversand	1 000 t	880	920	899	954	909	...	...	...	...	
<b>BINNENSCHIFFFAHRT</b>											
Güterempfang	1 000 t	147	136	163	182	165	129	136	143	...	
Güterversand	1 000 t	163	158	166	184	194	181	145	159	...	
<b>ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE<sup>2)</sup></b>											
darunter Krafträder	Anzahl	10 000	9 987	8 521	9 920	8 975	10 626	9 533	...	...	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	239	258	114	77	32	241	153	...	...	
Lastkraftwagen	Anzahl	9 044	8 970	7 695	9 148	8 246	9 462	8 534	...	...	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	437	467	437	472	468	588	539	...	...	
<b>STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE</b>											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 426	1 399	1 437	1 526	1 362	1 780	1 576	p 1 332	p 1 389	
Getötete Personen	Anzahl	31	29	31	33	30	33	38	p 17	p 43	
Verletzte Personen	Anzahl	1 832	1 802	1 821	1 977	1 746	2 333	2 112	p 1 642	p 1 749	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1988	1989	1989			1990			
				Monats- durchschnitt <sup>1)</sup>	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.
<b>GELD UND KREDIT</b>										
<b>KREDITE UND EINLAGEN<sup>2)</sup></b>										
Kredite <sup>3)</sup> an Nichtbanken (insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	77 967	80 020	79 684	79 700	80 108	80 053	81 419	81 811	82 214
darunter										
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	76 574	78 780	78 286	78 357	78 730	79 453	79 797	80 166	80 492
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 933	9 784	9 651	9 540	9 644	10 000	10 408	10 356	10 213
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 742	9 336	9 421	9 370	9 354	9 808	10 181	10 163	10 118
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	191	448	231	170	290	192	227	193	95
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 225	4 157	4 180	4 120	4 138	4 364	4 330	4 329	4 465
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 525	3 636	3 696	3 626	3 634	3 682	3 649	3 654	3 695
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	701	521	484	494	504	682	682	675	771
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	63 416	64 839	64 455	64 697	64 946	65 089	65 058	65 481	65 814
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 583	48 165	47 814	48 022	48 356	48 982	49 967	49 161	49 352
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 832	16 674	16 641	16 675	16 590	16 107	16 091	16 319	16 461
Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>3)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	57 188	60 676	58 502	58 981	59 895	61 951	61 996	62 493	63 470
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	36 452	40 596	38 732	39 304	40 342	43 085	43 078	43 623	44 638
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 834	32 511	31 009	31 388	32 340	34 936	35 016	35 452	36 407
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	7 618	8 086	7 723	7 916	8 001	8 149	8 063	8 171	8 231
Spareinlagen	Mill. DM	20 736	20 080	19 770	19 678	19 554	18 866	18 918	18 870	18 832
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 095	4 103	3 355	.	.	.	...	.	.
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	1 074	3 786	3 578	.	.	.	...	.	.
<b>ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN</b>										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	r 53	59	49	79	54	51	55	44	34
Vergleichsverfahren	Anzahl	r -	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	156	142	129	161	145	151	119	...	...
Wechselsumme	Mill. DM	1,1	1,0	1,2	1,0	1,1	1,3	1,3	...	...
<b>STEUERN</b>										
<b>STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART</b>										
		Vierteljahres- durchschnitt			3. Vj. 89			3. Vj. 90		
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 883,2	3 099,1	3 030,7	-	-	-	2 785,1	-	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 016,4	2 178,7	2 157,4	-	-	-	1 858,4	-	-
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 466,4	1 574,5	1 569,4	-	-	-	1 514,6	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,6	349,4	383,1	-	-	-	306,0	-	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	45,2	71,6	51,4	-	-	-	47,7	-	-
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	201,3	183,3	153,5	-	-	-	9,9	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	866,8	920,3	873,3	-	-	-	926,7	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	503,0	519,2	472,5	-	-	-	626,2	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	363,7	401,1	400,7	-	-	-	300,5	-	-
Bundessteuern	Mill. DM	130,5	142,6	120,3	-	-	-	47,7	-	-
Zölle	Mill. DM	0,1	0,0	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	115,0	122,8	106,9	-	-	-	33,1	-	-
Landessteuern	Mill. DM	192,9	212,2	216,8	-	-	-	188,1	-	-
Vermögensteuer	Mill. DM	34,8	35,8	34,4	-	-	-	35,0	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	80,8	92,1	95,1	-	-	-	70,5	-	-
Biersteuer	Mill. DM	6,9	6,9	8,1	-	-	-	9,0	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	308,7	334,0	363,0	-	-	-	377,6	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,8	8,1	-	-	-	8,1	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	71,4	76,9	90,4	-	-	-	91,4	-	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	220,9	238,0	251,9	-	-	-	263,1	-	-
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM									
<b>STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN</b>										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 488,0	1 620,0	1 597,4	-	-	-	1 466,0	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,4	860,0	890,4	-	-	-	797,6	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563,4	598,2	567,6	-	-	-	602,4	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	19,1	-	-	-	18,3	-	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 638,5	1 734,2	1 666,5	-	-	-	1 642,3	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	945,7	998,8	937,0	-	-	-	754,2	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	482,2	503,9	493,6	-	-	-	681,8	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	19,1	-	-	-	18,3	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	557,7	611,2	603,7	-	-	-	601,3	-	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	185,5	199,4	213,8	-	-	-	226,5	-	-
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>5)</sup>	Mill. DM									
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	284,4	315,8	278,9	-	-	-	260,3	-	-

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1988	1989	1989			1990				
			Monats- durchschnitt	Sept.	Oktober	Nov.	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.
<b>PREISE</b>										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET*) 1985 = 100										
Einfuhrpreise	80,8	84,4	84,5	84,1	83,4	81,9	83,9	...	...	...
Ausfuhrpreise	99,3	102,1	102,4	102,3	102,0	102,3	102,5	...	...	...
Grundstoffpreise <sup>6)</sup> 1980 = 100	102,2	107,7	108,5	108,1	107,3	105,7	107,9	...	...	...
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte <sup>6)</sup>	96,3	99,3	99,6	100,1	100,0	101,3	101,7	...	...	...
landwirtschaftlicher Produkte <sup>6)</sup>	91,8	99,8	105,3	102,9	101,3	p 93,8	p 92,8	...	...	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	121,2	125,5	.	.	127,1	134,7	.	.	.	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	91,4	96,4	97,4	96,4	96,1	94,9	94,3	...	...	...
Einzelhandelspreise 1980 = 100	118,5	121,1	121,2	121,5	121,7	123,8	124,1	125,0	124,8	...
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	101,4	104,2	104,4	104,7	104,9	107,1	107,5	108,2	108,0	...
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,3	102,6	102,4	102,8	103,1	105,6	105,3	105,5	105,6	...
Bekleidung, Schuhe	104,5	106,0	106,2	106,5	106,5	107,4	107,8	108,1	108,6	...
Wohnungsmieten	105,6	108,8	109,4	109,6	109,9	113,1	113,4	113,6	113,9	...
Energie (ohne Kraftstoffe)	78,1	82,0	82,7	83,6	83,9	85,9	87,0	90,8	89,0	...
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	103,3	104,9	105,4	105,6	105,7	107,6	107,7	108,1	108,2	...
<b>LÖHNE UND GEHÄLTER</b>										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	764	786	.	797	.	.	.	...	.	.
darunter Facharbeiter	798	827	.	838	.	.	.	...	.	.
weibliche Arbeiter	536	552	.	553	.	.	.	...	.	.
darunter Hilfsarbeiter	508	526	.	527	.	.	.	...	.	.
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	18,78	19,44	.	19,61	.	.	.	...	.	.
darunter Facharbeiter	19,71	20,49	.	20,66	.	.	.	...	.	.
weibliche Arbeiter	13,62	14,07	.	14,14	.	.	.	...	.	.
darunter Hilfsarbeiter	12,90	13,34	.	13,39	.	.	.	...	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,6	40,4	.	40,6	.	.	.	...	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,3	39,2	.	39,1	.	.	.	...	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 609	4 759	.	4 788	.	.	.	...	.	.
weiblich	3 159	3 285	.	3 318	.	.	.	...	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 699	4 849	.	4 904	.	.	.	...	.	.
weiblich	3 075	3 217	.	3 255	.	.	.	...	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 690	3 831	.	3 863	.	.	.	...	.	.
weiblich	2 529	2 634	.	2 659	.	.	.	...	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 648	3 772	.	3 795	.	.	.	...	.	.
weiblich	(2 578)	(2 653)	.	(2 677)	.	.	.	...	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 986	4 126	.	4 159	.	.	.	...	.	.
weiblich	2 708	2 823	.	2 850	.	.	.	...	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 631	4 779	.	4 832	.	.	.	...	.	.
weiblich	3 064	3 205	.	3 244	.	.	.	...	.	.

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken  
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage  
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: \*) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 28. 2. 1990			Bevölkerungsveränderung im Februar 1990			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1990 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2)</sup>	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	86 861	+ 0,2	+ 1,1	1	160	161	20	-	24
KIEL	244 033	+ 0,2	+ 1,3	- 61	440	379	157	-	192
LÜBECK	213 621	+ 0,2	+ 1,5	- 72	445	373	121	1	138
NEUMÜNSTER	80 373	+ 0,1	+ 1,1	- 4	97	93	46	-	56
Dithmarschen	128 451	+ 0,2	+ 1,3	- 34	254	220	70	4	88
Hzgt. Lauenburg	157 735	+ 0,3	+ 2,0	- 24	551	527	80	3	113
Nordfriesland	151 580	+ 0,2	+ 1,4	38	267	305	81	4	98
Ostholstein	187 940	+ 0,3	+ 2,2	- 38	559	521	73	5	83
Pinneberg	266 450	+ 0,1	+ 1,4	- 9	340	331	150	2	181
Plön	119 588	+ 0,9	+ 2,5	6	1 011	1 017	56	2	77
Rendsburg-Eckernförde	245 472	+ 0,2	+ 1,1	32	378	410	128	3	179
Schleswig-Flensburg	179 175	+ 0,1	+ 1,4	25	156	181	64	6	91
Segeberg	218 348	+ 0,2	+ 1,7	16	332	348	162	9	207
Steinburg	127 648	+ 0,3	+ 1,3	13	310	323	67	1	80
Stormarn	197 175	+ 0,1	+ 1,4	- 16	310	294	114	3	142
Schleswig-Holstein	2 604 450	+ 0,2	+ 1,5	- 127	5 610	5 483	1 389	43	1 749

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>			Kraftfahrzeugbestand <sup>5)</sup> am 1. 7. 1990		
	Betriebe am 30. 11. 1990	Beschäftigte am 30. 11. 1990	Umsatz <sup>4)</sup> im November 1990 Mill. DM	insgesamt	Pkw <sup>6)</sup>	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner <sup>7)</sup>
FLENSBURG	68	9 319	268	40 343	36 147	416
KIEL	131	22 712	473	113 134	101 193	415
LÜBECK	140	21 836	423	96 397	86 406	404
NEUMÜNSTER	75	10 699	140	40 773	36 286	451
Dithmarschen	68	7 237	392	76 445	62 441	486
Hzgt. Lauenburg	104	9 110	157	92 788	80 575	511
Nordfriesland	60	3 518	97	92 059	75 517	498
Ostholstein	81	6 568	155	105 276	90 903	484
Pinneberg	191	21 703	538	150 468	131 648	494
Plön	45	3 011	62	68 494	58 274	487
Rendsburg-Eckernförde	125	10 672	264	144 339	121 991	497
Schleswig-Flensburg	79	5 435	148	107 920	88 344	493
Segeberg	190	20 048	507	143 183	123 340	565
Steinburg	81	9 523	260	75 252	62 410	489
Stormarn	169	19 854	525	120 628	106 427	540
Schleswig-Holstein	1 607	181 245	4 411	1 467 499	1 261 902	485

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen  
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 28. 2. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11



# Zahlen für Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1989			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 11. 1990	Kurzarbeiter Monatsmitte November 1990	offene Stellen 30. 11. 1990	Schweine insgesamt am 3. 8. 1990	Rindvieh am 3. 6. 1990	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 594,6	+ 1,6	+ 1,2	83,5	1,3	8,1	1 497	1 504	437
Hamburg	1 626,2	+ 2,1	+ 1,4	66,8	0,7	7,6	5	12	2
Niedersachsen	7 283,8	+ 1,7	+ 1,4	245,8	4,9	23,5	7 233	3 341	939
Bremen	673,7	+ 2,1	+ 1,8	34,4	0,7	3,9	8	23	4
Nordrhein-Westfalen	17 103,6	+ 2,3	+ 1,4	569,5	10,6	63,6	6 193	1 918	522
Hessen	5 660,6	+ 2,8	+ 1,6	120,7	2,8	23,1	1 116	732	238
Rheinland-Pfalz	3 701,7	+ 2,0	+ 1,3	80,7	4,4	13,5	537	554	186
Baden-Württemberg	9 618,7	+ 3,6	+ 2,0	158,0	8,2	72,0	2 251	1 599	592
Bayern	11 220,7	+ 2,9	+ 1,6	203,3	10,2	68,6	3 845	4 912	1 834
Saarland	1 064,9	+ 0,9	+ 1,0	35,8	2,9	3,6	36	68	22
Berlin (West)	2 130,5	+ 5,9	+ 3,0	86,6	2,3	7,6	3	1	0
Bundesgebiet	62 679,0	+ 2,6	+ 1,6	1 685,1	48,9	295,2	22 723	14 663	4 775

Land	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>			Wohnungswesen im Juli 1990		
	Beschäftigte am 31. 8. 1990 in 1 000	Umsatz <sup>2)</sup> im August 1990		Beschäftigte am 31. 8. 1990			zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	Je 1 000 Einwohner <sup>4)</sup>	Anzahl	Je 10 000 Einwohner <sup>4)</sup>		
Schleswig-Holstein	180	3 838	21	41	16	1 193	4,6		
Hamburg	136	7 317	14	21	13	294	1,8		
Niedersachsen	684	14 430	27	114	16	5 019	6,9		
Bremen	83	2 222	34	11	16	182	2,7		
Nordrhein-Westfalen	2 046	41 534	27	238	14	5 596	3,3		
Hessen	663	11 792	27	91	16	3 212	5,7		
Rheinland-Pfalz	391	8 515	34	61	16	2 421	6,5		
Baden-Württemberg	1 538	24 670	29	171	18	8 444	8,8		
Bayern	1 455	23 163	31	239	21	9 119	8,1		
Saarland	142	2 276	33	17	16	510	4,8		
Berlin (West)	174	4 796	11	36	17	1 049	4,9		
Bundesgebiet	7 492	144 553	27	1 041	17	37 039	5,9		

Land	*Kfz-Bestand <sup>5)</sup> am 1. 7. 1990			Straßenverkehrsunfälle <sup>7)</sup> mit Personenschaden im September 1990				Bestand an Spar- einlagen <sup>8)</sup> am 28. 2. 1990 in DM je Einw. 9)	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt in 1 000	Pkw <sup>6)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)								
Schleswig-Holstein	1 467	1 262	486	1 576	38	2 112	136	7 636	631	508	...
Hamburg	753	679	417	1 037	6	1 330	129	10 372	1 032	4 105	...
Niedersachsen	4 160	3 554	488	3 810	109	5 062	136	9 133	629	554	...
Bremen	311	280	416	339	2	394	117	10 580	697	1 266	...
Nordrhein-Westfalen	9 106	8 118	475	7 272	131	9 368	131	9 847	728	1 252	...
Hessen	3 414	969	525	2 566	63	3 427	136	11 537	795	952	...
Rheinland-Pfalz	2 248	1 901	513	1 636	45	2 183	136	10 729	634	617	...
Baden-Württemberg	5 798	4 919	511	4 095	127	5 423	136	11 991	760	894	...
Bayern	6 928	5 667	505	5 491	155	7 655	142	12 226	704	744	...
Saarland	612	543	510	490	10	638	132	9 787	626	643	...
Berlin (West)	847	741	348	1 149	13	1 406	123	9 119	463	1 788	...
Bundesgebiet	35 748	30 685	490	29 708	708	39 308	135	10 627	710	1 039	...

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 12. 1989

5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989

## **Erläuterungen**

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

## **Zeichenerklärung**

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- .
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- ( ) = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≙ = entspricht

